

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Müllinghaus, Berlin.
Telefon: zum Dienst 4194-4195



Abgabe für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Zehn-Kilometer-Post 6
Druckverlag: Copeland

Die Bestellung erfolgt im Geldverkehr.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdrucke kosten 4 Mark
bei den Druckverlagen, wenn nicht anders angegeben. Druckverlag für alle Teile 6 Berlin.

Berlin, den 17. März 1931

Klarer Kurs!

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. Die Notverordnung ist zunächst eine harte Tatsache, mit der gerechnet werden muss. Sozialdemokratie und Gewerkschaften denken aber nicht daran, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen, und abzuwarten, was wird. Ohne eine Tag zu versäumen, beginnen sie sofort mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln trotz Notverordnung, ja mit Hilfe der Notverordnung und mit Hilfe der von der Regierung für die Durchführung der Verordnung gegebenen Zusagen einen zähen und unerbittlichen Kampf zur Linderung der Not der breiten Massen. Diese Kampf kann aber natürlich nur Erfolg haben, wenn er wohlüberlegt geführt wird. Klarheit über die Notverordnung ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Not. Diese Klarheit zu schaffen, ist das Gebot der Stunde. Steuerleute und Mannschaften müssen wissen, was für ein Kurs gesteuert wird. Sie müssen das vor allem wissen im Sturm und Aufruhr der Elemente; denn nur Festigkeit und Kampfkraft, die auf Klarheit beruhen, können zum Ziele führen. Diese Klarheit zu schaffen war Zweck eines bedeutsamen Appells in den Räumen des Reichswirtschaftsrats, zu dem die Freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner und die freien Sportorganisationen Abordnungen entsandt hatten. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, und der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, beleuchteten vom wirtschafts- und allgemeinpolitischen Standpunkt aus die neue Notverordnung. Mit sachlicher Schärfe und unerbittlicher Kritik klärten sie die durch die Notverordnung geschaffene neue Lage. Sie zeigten die Möglichkeiten der Selbsthilfe der Arbeiter und stellten vor der gesamten Arbeiterschaft klar dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht umsonst unverdrossen und zäh bis zum letzten Moment im Ringen um die Notverordnung für die Arbeiter gekämpft haben.

Bis zur letzten Stunde wurde Widerstand geleistet. Bei einer genaueren Betrachtung der Notverordnung sind die Spuren dieses Widerstandes auch deutlich zu erkennen. Noch ist das Wirtschaftsmanifest der Unternehmer vom September in guter Erinnerung. Was dieses Manifest verlangte, war nichts anderes als die restlose Vernichtung alles dessen, was Gewerkschaften und Sozialdemokratie seit einem Jahrzehnt für die Arbeiterklasse in mühseligem Ringen herausgeholt haben. Kein staatlicher Eingriff in die Wirtschaft mehr zu Gunsten der Arbeiter nur noch individuelle Lohngestaltung, völlige Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung, mit einem Wort: Rückkehr auf der ganzen Linie zum individualistischen Wirtschaftssystem. Das war die Parole der Drahtzieher der Nationalen Opposition. Die Notverordnung hat den Scharfmachern ihren Willen nicht getan. Gewiss hat sie nur ganz unzulänglich den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen, gewiss belastet sie einseitig die Schultern der breiten Massen, aber es stand ja noch viel mehr auf dem Spiel als nur diese einseitige Belastung. Und dass dieses Mehr verhindert wurde, ist ein Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Die Schultern der breiten Massen wären noch ganz anders wund gescheuert worden in diesem Winter, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Organisation der freien Arbeiterbewegung sich mit geradezu übermenschlichen Kräften dem Druck der seit den Naziwahlen vom vergangenen Jahre so mächtig gewordenen Reaktion, von der die Regierung Brüning bedroht ist, entgegengestemmt hätten. Der Lohnabbau ist ein Ding, das niemand verteidigen kann. Aber der Widerstand der Gewerkschaften hat es immerhin durchgesetzt, dass die Regierung in der Lohn- und Preisfrage sozusagen ihr Wort verpfändet hat. Endet der Preisabbau, der den Reallohn sichern soll, mit einem Risiko, dann ist eine neue Situation gegeben. Gewiss werden neue erschreckend niedrige Löhne festgelegt. Aber unter dem Druck der Gewerkschaften ist wenigstens für diese niedrigen Löhne noch ein gewisser Halt geschaffen worden. Das wissen vor allem die Arbeiterkategorien zu schätzen, die schon jetzt ganz ohne Tarif völlig der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert waren.

Eindringlich und überzeugend wurden von Leipart und Breitscheid die ungeheuren Schwierigkeiten geschildert, die in der grossen Krise ihren Ursprung haben und die auch die Hände der Regierung in vieler Hinsicht binden. Mit besonderem Nachdruck wurde auf die Hauptquelle der deutschen Not, auf die Reparationalasten hingewiesen. Der Kampf gegen die Reparationen - das wurde vor aller Öffentlichkeit einmal deutlich herausgestellt, ist längst eine Kampfforderung der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterinternationale. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat längst den Kampf gegen die Reparationen geführt, bevor die Nazis gross und mächtig waren. Sie führen diesen Kampf allerdings nicht mit grosssprecherischen Redensarten, die das Volk über die wirklichen Schwierigkeiten und Kräfte- und Machtverhältnisse hinwegtäuschen. Schluss mit den Reparationen! Wer will das nicht in Deutschland? In dieser Forderung ist ganz Deutschland einig. Aber diese Einigkeit schafft uns noch keine Erleichterung. Diese Erleichterung ist nicht auf dem Weg über das Chaos herbeizuführen. Die Regierung täte daher gut, wenn sie auch in dieser Frage dem Volk die ganze Wahrheit sagte und nicht gegenüber dem Treiben der Nationalsozialisten wie in so vielen Dingen es an Aktivität und Mut fehlen liesse.

Aktivität! Mit diesem Ruf richten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften an die Regierung wie an die Arbeiter. Die Regierung verlangt von den Arbeitern Opfer, grosse Opfer. Sie wären leichter zu tragen, wenn die Regierung auch den Arbeitern zeigte, dass sie sich nicht vom Faschismus auf der Nase herumtanzen lässt, wie das zum Beispiel beim Uniformverbot zu beobachten ist. Die Reichsbannerfarben, die Farben der Republik, werden zusammen mit den Farben der Feinde der Republik verboten. In Braunschweig aber verhöhnern die Nationalsozialisten offen und frech das Uniformverbot der Reichsregierung.

Wenn es aber die Regierung an Mut fehlen lässt, dann ist das für die Sozialdemokratie und für die Gewerkschaften noch lange kein Grund, nun ebenfalls schlapp zu werden. Die eiserne Front der Arbeiter beugt sich nicht! So rief Otto Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, in seinem Schlusswort zum Generalappell im Kampf um ein freies Deutschland, im Kampf gegen die Not der deutschen Arbeiterschaft zu. Wir beugen uns nicht, wir kämpfen!

SPD. Budapest, 16. Dezember (Eig. Drähtb.)

Das Budapester Organ der Sozialdemokratie stellt in seiner Mittwoch-Ausgabe fest, dass bei dem Putschgeneral Schill am sonnabend vor dessen angeblichem Selbstmord zwei Offiziere im Gefängnis erschienen seien und sein Schädelwunden aufweise, die von Schusswaffenherrührten. Die Öffentlichkeit sei überzeugt, dass Schill keinen Selbstmord begangen habe. Darauf deute auch hin, dass Schill am Mittwoch kirchlich eingesegnet worden sei, was bei katholischen Selbstmördern unzulässig sei.

SPD. In der vergangenen Woche hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels bei dem Reichskanzler schriftliche Vorstellungen wegen der Gleichzeitigkeit der Lohnsenkungen mit den Preissenkungen in der Notverordnung erhoben. Auf diesen Brief hat der Reichskanzler unter dem 12. Dezember eine Antwort erteilt, in der es heisst:

"Mit Ihnen bin ich durchaus davon durchdrungen, dass eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung durch die neuen wirtschaftspolitischen Massnahmen von den verhängnisvollsten Folgen sein würde. Von dieser Auffassung war auch die Reichsregierung bei ihren letzten Entschliessungen beseelt.

Den Niederschlag der Auffassung der Reichsregierung bitte ich aus der Einleitung der amtlichen Verlautbarung ersen zu wollen, mit der die Reichsregierung am 8. d. M. die neue Notverordnung der Öffentlichkeit unterbreitet hat. In dem vorletzten Absatz dieser Einleitung wird ausdrücklich ausgeführt, dass die Reichsregierung sich erst, nachdem durch Massnahmen der verschiedensten Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, zu einem erneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen habe. In demselben Absatz heisst es dann weiter:

"Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, dass der jetztige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrecht erhalten bleiben kann."

Mit voller Absicht habe ich in dieser bedeutsamen Frage des Gesamtprogramms die Reichsregierung in dieser eindeutigen Form für die Zukunft festgelegt. So sehr ich mir die Durchführung dieses Teiles des Gesamtprogramms mit allem Ernst und Nachdruck angelegen sein lassen werde, so war doch, da es sich hierbei um Fragen der zukünftigen Regierungspolitik handelt, eine gesetzliche Festlegung im Texte der Notverordnung technisch schwer durchführbar. Angesichts Ihrer Anfrage lege ich aber doch Wert auf diese Feststellung der Ziele der Regierungsarbeit, die ich übrigens schon wiederholt letzthin auch gegenüber dem Reichsarbeiterbeirat der Zentrumsparlei getroffen habe."

SPD. Stuttgart, 16. Dezember (Eig. Dr.)

In der Konkursache der Deutschen Autoversicherungsaktiengesellschaft sind am Mittwoch einige Tatsachen bekannt geworden, die geradezu sensationell wirken und nicht geeignet sind, eine glatte Erledigung der Angelegenheit zu sichern.

Die strafrechtliche Seite der Sache ist noch ungeklärt. Die beiden Direktoren Ritzau alias Rau und Branken sind noch in Haft. Ebenso ist Direktor Schmidhäuser wegen Unterschlagungen, die er sich bei einem Schweizer Unternehmen zu schulden kommen liess, verhaftet worden. Weiter wird das Konkursverfahren dadurch kompliziert, dass der Reichssteuereffiskus auf die Bevorrechtigung seiner Forderungen in Höhe von 440 000 Mark besteht. Wenn er darauf besteht, so bliebe für die übrigen Gläubiger nicht ein Pfennig zur Verteilung. Dabei haben von den 60 000 Versicherten nur etwa 7 000 Forderungen geltend gemacht, die sich allein auf 4 bis 5 Millionen belaufen. Der Gläubigerausschuss protestiert gegen die Forderung des Reichssteuereffiskus, der kein Recht zu diesem Vorgehen habe, denn das Landesfinanzamt habe dem Unternehmen über ein halbes Jahr Steuern in Höhe von einer halben Million anstandslos gestundet und zwar zu einem Zeitpunkt, als das Unternehmen eigentlich schon als zusammen-

gebrochen hätte angesehen werden müssen. Der Gläubigerausschuss will deshalb einen Regressanspruch geltend machen.

Ungeklärt ist auch noch die Lage, ob der Aufsichtsrat von den Gläubigern für den erlittenen Schaden in Anspruch genommen werden kann. Der Aufsichtsrat beruft sich darauf, dass er sich auf das Gutachten einer Treuhandgesellschaft verlassen habe, die die Deutsche Autoversicherungsaktiengesellschaft ausdrücklich als "gut fundiertes Unternehmen, das zu den besten Hoffnungen berechtigt", bezeichnet habe. Der Gläubigerausschuss trägt sich daher mit der Absicht, gegen diese Treuhandgesellschaft, die geradezu fahrlässig handelte, Regressansprüche zu stellen. Das wäre der erste Fall dieser Art.

Die Abwicklung des Prozesses kann wegen der Weitsichtigkeit des Materials nicht vor Sommer oder Herbst nächsten Jahres in Aussicht genommen werden. Dann wird mit einem Monstre-Prozess zu rechnen sein, dessen Umfang hinter dem des Favag-Prozesses kaum zurückstehen wird.

SPD. Die am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat versammelten Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbände, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reiche ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklärten unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisation der Deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold:

"Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen. Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, anderenfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zurzeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag. Die Ueberwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein."

SPD. Paris, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)
Ein in Paris ansässiger italienischer Spion ist von der Kriminalpolizei in dem Augenblick verhaftet worden, als er im Begriff stand nach Lüttich abzureisen. Bei seiner Leibesvisitation fand man Papiere, aus denen hervorgeht, dass er mit einem anderen Agenten in Verbindung stand, dem er bereits Angaben über die Landesverteidigung verschafft haben soll.

SPD. Die Landwirtschaft ist der einzigste Wirtschaftszweig, der aus der Notverordnung nur Vorteile zieht. Nicht nur, dass sie an der Senkung der Kartellpreise, der Frachten und der Löhne teilnimmt und dadurch ihre Produktionskosten etwa um 20 Prozent senkt. Sie erhält jetzt auch ein Moratorium bis Ende September 1932. Jede Zwangsversteigerung kann nach der Notverordnung auf Antrag aufgehoben werden, wenn das Meistgebot unter sieben Zehntel des geschätzten Wertes bleibt. Jede Zwangsvollstreckung ist einzustellen, wenn der Schuldner nachweist, daß er infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Werden Zwangsverwaltungen eingesetzt, so kann

der Landwirt selber als Zwangsverwalter fungieren; es wird nur vom Gericht eine Aufsichtsperson bestellt. Diese Vorschrift soll den Zweck verfolgen, das Zwangsverwaltungs-Verfahren einfacher zu gestalten. Tatsächlich bedeutet das nichts anderes, als dass man den Bock zum Gärtner macht. Schliesslich dürfen auch keine Pfändungen von Vorräten mehr vorgenommen werden, wenn die Gewähr besteht, dass die Erlöse aus dem Verkauf der Vorräte zur ordnungsmässigen Weiterführung des Betriebes verwandt werden.

Die Verkündung des Moratoriums in der Notverordnung hat, wie man sich denken kann, in der Landwirtschaft grosse Befriedigung hervorgerufen. Jedoch wird bald ein Umschwung in dieser Ansicht eintreten; denn es wird sich schon in wenigen Wochen zeigen, dass durch derartige Eingriffe jeder neue Kreditfluss in die Landwirtschaft unterbunden wird, weil sich kein privater Geldgeber unter diesen Bedingungen bereit erklären wird, einem Landwirt Kredit zu gewähren. Deshalb werden die Landwirte schliesslich selber und besonders die kreditfähigen, die entgegen den Landbundparolen noch weitaus in der Mehrzahl sind, die Leidtragenden dieser Notverordnung sein.

SPD. Graz, 16. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurden im Grazer Hochverratsprozess mehrere leitende Beamte der steirischen Landjägererei als Zeugen vernommen. Aus ihren Aussagen ergab sich, dass die Landjägererei offensichtlich mit den Putschisten paktiert hat. So erklärten sie, dass sie keinen Anlass gehabt hätten, einzuschreiten, da sich die Heimwehr tadellos benommen habe. Der Staatsanwalt machte die Zeugen deshalb darauf aufmerksam, dass die Heimwehr die Polizei entwaffnet und in Arbeiterwohnungen hineingeschossen hat.

Einige sozialdemokratische Gemeindevorsteher, unter ihnen der Abgeordnete Horvatek, schilderten vor Gericht, wie sie von der Heimwehr verhaftet wurden und dass die Landjägererei sich völlig passiv verhielt. Ein Eisenbahner berichtete wie mit Maschinengewehren in seine Wohnung hineingeschossen wurde und zeigte Photographien, wie die Heimwehr gehaust hatte. Vertreter der Heimwehr erzählten, dass Pfrimer gegen jede Gewalttätigkeit sei.

Die am Nachmittag vernommenen Bezirkshauptleute sagten aus, die Unterführer hätten ganz offen erklärt, dass die Diktatur ausgerufen sei.

SPD. Paris, 16. Dezbr. (Eig. Drahtb.)

Der von Radikalen und Sozialisten geleitete "Soir" schreibt zu der Haltung des amerikanischen Kongresses in der Frage der interalliierten Schulden:

"Wichtige amerikanische Politiker wollen nicht nur den Frankreich auferlegten Vertrag über die Rückzahlung der Kriegsschulden aufrechterhalten, sondern sie wollen ihn sogar im Sinne einer Erhöhung der Schuldsumme revidieren. Laval kann sich also zu der moralischen Wirkung seiner Washington-Reise beglückwünschen. Aber kann man über die von einem Teil des amerikanischen Senats eingenommene Haltung erstaunt sein? Der Senat hat, wie alle Welt erfahren, dass Frankreich reich genug ist, um Hunderte von Millionen an Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Südslawien und Ungarn zu zahlen, er hat erfahren, dass die französische Regierung der Bank von Frankreich ein Geschenk von 2½ Milliarden Francs gemacht hat, obgleich dieses Institut im Laufe der letzten Jahre grosse Gewinne erzielte, an denen das Schatzamt keinen Anteil hatte. Der Senat weiss auch sehr gut, dass Maginot und seine Kollegen in diesem Jahre 900 Millionen Francs mehr für militärische Ausgaben verlangen. Da soll er also nicht annehmen, dass Frankreich von Reichtum strotzt? Die Politik des Kabinetts Laval trägt jetzt ihre Früchte."

SPD. Magdeburg, 16. Dezember (Eig. Draht.)

Die Bundespressestelle des Reichsbanners Schwarzrotgold teilt mit: "Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarzrotgold trat am Mittwoch, dem 16. Dezember, in Magdeburg zusammen. Von Otto Hörsing lag folgendes Schreiben vor:

"Dem Wunsche unserer Gauführer entsprechend und gemäss den Beschlüssen unserer letzten Bundesratstagung auf Einrichtung eines besonderen, technisch organisatorischen Führerkörpers habe ich den Kameraden Höltermann mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt. In engstem Zusammenhang damit stehen Verhandlungen mit uns nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten um Deutschlands Zukunft willen gelöst werden müssen.

Eine Aussprache zwischen Höltermann und mir über die Gesamtlage, die sich für die Führung des Bundes aus diesen Aufgaben ergibt, führte uns zu dem gemeinsamen Entschluss, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die Geschäftsführung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höltermann als geschäftsführenden Bundesvorsitzenden zu übertragen. Damit ist nach meiner Ueberzeugung die Gewähr gegeben, dass die bisherige einheitliche Leitung unseres Bundes nicht nur erhalten, sondern verstärkt wird. Ich werde als 1. Bundesführer nach wie vor meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen. Diese innerorganisatorische Massnahme bedeutet keine Veränderung der Zielsetzung unseres Bundes. Es bleibt bei unserer alten Parole: Nichts für uns - alles für Deutschland!"

Der Bundesvorstand beschloss einstimmig gemäss den Vorschlägen Hörsings."

SPD. Die Mehrheit des Ältestenrats des Reichstags versagte am Mittwoch dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags ihre Zustimmung. Ausser den Kommunisten waren die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Volksparteiler - diese offensichtlich aber nur mit halbem Herzen - für die Einberufung.

Der kommunistische Antrag wurde von dem Abg. Torgler kurz begründet. In Erwiderung darauf erinnerte der Abg. Dittmann (Soz) Torgler daran, dass am 18. Juli 1930 auf Antrag der Sozialdemokraten und der Kommunisten die erste Notverordnung von der Regierung Brüning zwar aufgehoben worden sei, dass sie damit aber praktisch nicht beseitigt worden wäre, weil die Regierung den Reichstag aufgelöst und sofort eine neue kaum veränderte Notverordnung erlassen habe, zu der der neugewählte Reichstag erst nach drei Monaten habe Stellung nehmen können. Inzwischen aber hätte sich die Verordnung im sozialen und wirtschaftlichen Leben so ausgewirkt, dass man sie nicht mehr ohne weiteres hätte aufheben können, sondern sich mit Änderungen habe begnügen müssen. Dieser Vorgang würde sich jetzt wiederholen, wenn sich nicht eine Mehrheit im Reichstage finde, die bereit sei, mit der Sozialdemokratie auf dem Boden der Weimarer Verfassung eine Regierung zu bilden, um die Notverordnung im Sinne des Beschlusses der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu gestalten. Nur dann könne die Notverordnung durch den Reichstag praktisch beseitigt werden. Auf Dittmanns Frage an Torgler, ob die Kommunisten zu einer derartigen Regierungsbildung bereit seien, antwortete Torgler, die Frage sei absurd, worauf ihm Dittmann erwiderte, mit dieser Antwort habe Torgler anerkannt, dass die Notverordnung durch einen Reichstagsbeschluss praktisch nicht beseitigt werden könne. Deshalb habe die Einberufung des Reichstages keinen Zweck.

SPD. Glückstadt, 16. Dezember (Eig. Dr.)

Der Reichsbahn-Kasseninspektor und Kassierer der nationalsozialistischen Ortsgruppe in Glückstadt, Corleisser, war nach Unterschlagungen von 30 000 Mark geflüchtet. Corleisser hat sich jetzt der Altonaer Polizei gestellt. In seinem Besitz befanden sich noch 1 000 Mark.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat jetzt zu dem von der Reichsregierung bis zum 3. Januar verfügten weihnachtsfrieden Ausführungsbestimmungen erlassen, denen wir über das Verbot öffentlicher Versammlungen folgendes entnehmen :

Für die Beurteilung der Frage, ob eine Versammlung als öffentliche Veranstaltung anzusehen ist, kommt es massgeblich darauf an, welchem Personenkreis die Teilnahme gestattet ist. Öffentlich ist grundsätzlich jede Versammlung, zu der der Zutritt sich nicht auf vorher namentlich oder sonst individuell bezeichnete Personen beschränkt, sondern, sei es auch unter Erfüllung gewisser Bedingungen, jedem gestattet ist, gleichgültig, ob die Aufforderung zur Teilnahme von vornherein eine allgemeine ist oder ob die ursprüngliche Beschränkung auf bestimmte Personen bei Abhaltung der Versammlung tatsächlich aufgegeben wird. Auf die Bezeichnung der Versammlung in der Einladung als öffentliche oder als nichtöffentliche kommt es nicht an.

Vereinsversammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen; sie können vielmehr auch öffentliche Versammlungen sein. Jedenfalls steht es der Öffentlichkeit einer Vereinsversammlung nicht entgegen, dass sie als Mitgliederversammlung einberufen und auch ausschliesslich auf Vereinsmitglieder beschränkt wird; vielmehr sind Versammlungen der Mitglieder eines Vereins, die nicht einen in sich abgeschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen bilden, z.B. wenn der sofortige Beitritt zum Verein praktisch für jedermann möglich ist, als öffentliche Veranstaltungen anzusehen. Die innerliche Verbundenheit von Vereinsmitgliedern wird in der Regel auch dann fehlen, wenn es sich nicht um das Zusammenkommen von Mitgliedern einer Ortsgruppe und dergl. handelt, sondern um eine Veranstaltung, zu der sich alle gerade am Orte befindlichen Mitglieder einer grossen Partei oder Vereinigung einfinden können.

Die Einführung von Gästen nimmt einer nichtöffentlichen Versammlung diesen Charakter nur dann nicht, wenn persönliche oder sachliche Beziehungen der Mitglieder zu den Gästen bestehen, jeder Gast von dem Verein oder einem Vereinsmitglied persönlich eingeladen oder eingeführt wird und die Zahl der Gäste zu der Zahl der eigentlichen Vereinsmitglieder in einem angemessenen Verhältnis steht. Nach dem gleichen Grundsatz ist die Teilnahme von Angehörigen der Vereinsmitglieder zu beurteilen.

Öffentliche Versammlungen politischer Verbindungen oder Vereinigungen sind stets unter das Verbot fallende politische Versammlungen, auch wenn sie nicht zu politischen Zwecken veranstaltet werden.

SPD. Braunschweig, 16. Dezember (Eig. Dr.)
Der frühere Fraktionsführer der Nationalsozialisten des Braunschweigischen Landtages, der Abgeordnete Groh, der seinerzeit zusammen mit dem Nazi-Minister Franzen aus der Nazi-Partei ausgetreten war, erklärte in der Dienstag-Sitzung des Braunschweigischen Landtags unter dem Gebrüll seiner ehemaligen Freunde, dass er sein Mandat auch gegen den Widerspruch der Nazis ausüben werde. Die Nationalsozialisten drohten darauf mit Enthüllungen. Sie behaupteten u.a., dass Groh sein Ehrenwort gebrochen habe. Am Mittwoch hat Groh entgegen seiner Erklärung vom Dienstag sein Mandat niedergelegt. Er hat anscheinend die Enthüllungen seiner Freunde gefürchtet. - Ein neuer Beweis, dass es hinter den Kulissen der Herren vom Dritten Reich furchtbar stinkt.

SPD. Die Reichsregierung hat eine Durchführungsverordnung zur Mietensenkung erlassen, in der zunächst hinsichtlich der Mietensenkung gewisse einheitliche Regelungen für das ganze Reich festgelegt werden. Da in den einzelnen Ländern die Altmieten verschiedenartig gesetzlich geregelt sind und die Neu-

baufinanzierung sehr verschiedenartig gehandhabt wurde, wird den Länderregierungen das Recht eingeräumt, unabhängig von den vom Reich festgelegten Richtlinien die noch weiterhin für die einzelnen Gebietsteile erforderlichen Durchführung- und Ergänzungsbestimmungen zu treffen.

Die Durchführungsverordnung der Reichsregierung verpflichtet zunächst alle Vermieter, unverzüglich den Mietern von Altwohnungen, Neubauwohnungen und von Geschäftsräumen mitzuteilen, welchen Mietzins sie vom 1. Januar 1932 ab zu entrichten haben. In den Ausnahmefällen, in denen die Zinsentlastung noch nicht feststeht, - das gilt insbesondere für diejenigen Wohnungen, die mit Hypothekendarlehen finanziert wurden, die aus ausländischen Anleihen stammen -, hat eine vorläufige Berechnung und eine entsprechende Mitteilung an die Mieter über die Januar-Miete zu erfolgen. Bis spätestens 25. Januar 1932 muss jedoch der endgültige Mietzins bestimmt werden.

Für die Altwohnungen ergibt sich bereits ein klares Bild. Die Mietsenkung beträgt hier generell 10 % der Friedensmiete. Auch wenn früher bereits Mietsenkungen für Altbauräume durch Neuberechnung der Friedensmiete oder durch eine Entscheidung des Mietseinigungsamtes vorgenommen wurden, tritt unabhängig hiervon die Senkung um 10 % der Friedensmiete am 1. Januar 1932 in Kraft. Soweit Heizungs- oder sonstige Nebenkosten im Mietzins enthalten sind und nicht gesondert berechnet werden, sind sie gleichfalls um 10 % zu senken. Ueber eventuelle Streitigkeiten, die sich aus der Mietsberechnung für Altwohnungen ergeben, hat das Mietseinigungsamt zu entscheiden.

Die Berechnung der neuen Mieten für Neubauwohnungen geht folgendermassen vor sich: Grundsätzlich soll die gesamte Entlastung, die aus der Zinssenkung sich für ein Gebäude ergibt, anteilig nach der Höhe des Mietzinses auf die einzelnen Wohnungen und sonstigen Räume verteilt werden. Für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen ist eine besondere Vorschrift getroffen worden. Sie sollen "unbeschadet des Grundsatzes einer möglichst allgemeinen Mietsenkung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vornehmen". Bei dieser Regelung ist man davon ausgegangen, dass die grossen Baugenossenschaften vielfach Blocks in verschiedenen Bauperioden unter stark abweichender Bau- und Kapitalkosten errichtet haben und dass grosse Mietsunterschiede bestehen. Entsprechend dem genossenschaftlichen Gedanken will man aus der Zinsentlastung eine gewisse Angleichung der Miethöhe in den verschiedenen Baublocks für gleichartige Wohnungen herbeiführen. Das ist alles schön und gut. Aber die Mieter werden von der Lohn- und Gehaltssenkung gleich betroffen. Sie werden diese Regelung nicht ohne weiteres hinnehmen. Deshalb wäre wohl zu überlegen, ob es nicht angebracht ist einen Teil der Zinsentlastung vorweg zur allgemeinen Mietsenkung zu benutzen. Den Rest könnte man dann zur Angleichung der Mieten und zur Beseitigung von Härten verwenden.

Auch bei den Neubaumieten tritt nur dann eine Senkung der Heizungskosten ein, wenn sie einen Bestandteil der Wohnungsmiete bilden. Endlich ist noch zu erwähnen, dass Mietsenkungen bei Neubauten, die nach dem 1. April 1931 auf Grund von öffentlichen Zuschüssen vorgenommen wurden, bei der Neufestsetzung der Mieten nicht abgezogen werden dürfen. Sie bleiben also bei der gegenwärtigen Mietsenkung unberücksichtigt und sind nicht aufzurechnen.

SPD. Hanau, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)
Der klägliche Zusammenbruch eines wilden Streiks unter Führung der kommunistischen RGO in Hanau verdient allgemeine Beachtung.

140 Arbeiter der Quarzlampe waren am 17. November ohne jede Mitwirkung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in den Streik getreten. Während nach Monatsfrist die Kommunisten noch davon faselten, dass man den "Kampf bis zum Weissbluten fortsetzen" werde, gingen dieser Tage 60 Arbeiter ohne Verständigung ihrer streikenden Kollegen in den Betrieb, um die Arbeit wieder aufzuheben.

en. Darauf gaben die übrigen Streikenden nach. Der Metallarbeiterverband wurde jedoch über den Abbruch des Streiks nicht verständigt, sodass die Direktion der Quarzlampe ihre Bedingungen diktieren konnte. Alle Arbeiter mussten ein Dokument unterschreiben, in dem es u.a. heisst:

"Zur Beachtung! Alle bei uns bisher üblichen Sondervorteile sind aufgehoben, weil die Ueberbezahlung, deren Höhe sich jeder ausrechnen kann, leider nicht anerkannt worden ist. Es war für die Direktion eine recht grobe Enttäuschung, dass trotz dieser Sonderzahlungen gerade unsere Belegschaft durch die Arbeitsniederlegung dem Unternehmen einen sehr schweren Schaden zugefügt hat. Wir sind jetzt gründlich kuriert.

Aufgehoben sind: 1. der Einheitsurlaub, 2. die Urlaubsbeihilfen, Kartoffel- und Winterbeihilfe, 3. die Bezahlung von Feiertagen, soweit sie über den Tarif hinausgeht, 4. die bisherige Bezahlung der viertelstündigen Fröstüchspause, 5. die bisherige Bezahlung der je fünf Minuten vor der Tischpause und vor Arbeitsschluss; die Arbeitszeit endet mit Ablauf der vollen Arbeitsstunde 6. die Karenzzeit von sieben Minuten bei Arbeitsbeginn; nur die tatsächlich pünktlich begonnene Arbeitszeit wird bezahlt, 7. die sonst nirgends üblichen Beihilfen für die Arbeitskleidung der Metallschleifer."

Das ist der "Erfolg" der kommunistischen Streikmacher bei der Quarzlampe. Dazu kommt die Massregelung von 16 Arbeitern, darunter fünf Betriebsratsmitgliedern.

SPD. Die Zentrale der KPD hatte für Dienstag die Parole ausgegeben, in ganz Deutschland Hungerdemonstrationen von Erwerbslosen zu veranstalten. Sie hat damit eine Kominternparole für alle Sektionen der kommunistischen Internationale ausgeführt. Die Anweisungen waren wie immer grossprecherisch. Die Schreibtischrevolutionäre in der KPD-Zentrale empfahlen, auf das Demonstrationsverbot zu pfeifen und vor Zusammenstössen mit der Polizei nicht zurückzuschrecken. Diese blödsinnigen und verbrecherischen Pläne haben zu den Zusammenstössen auf dem Hamburger "Dom", dem Weihnachtsmarkt geführt, bei denen die angegriffene Polizei schoss und traf.

Mit dieser traurigen Ausnahme ist die kommunistische Parole kläglich ins Wasser gefallen. In mehreren Städten - vornehmlich in Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen - haben Demonstrationsversuche unentwegter kommunistischer Parteigänger stattgefunden, wobei überall die Polizei eingriff. Zu ernstlichen Zusammenstössen ist es dabei nicht gekommen. Die Massen der Erwerbslosen sind vollständig ausgeblieben. Sie haben Not und stille Verzweiflung genug - ihr Bedarf an kommunistischen Radauparolen ist vollständig gedeckt.

Die sinnlosen und verbrecherischen Parolen der kommunistischen Zentrale sind ohne ernste Folgen geblieben. Sie zeigen, dass man nach wie vor bei den kommunistischen Schreibtischstrategen die Augen vor der wirklichen Situation in Deutschland verschliesst, und dass die einzige Politik dieser Leute darin besteht, Arbeiter und Erwerbslose zu sinnlosen Torheiten verlocken zu wollen.

SPD. Magdeburg, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)
Der Bundesrat des Reichsbanners hat am Mittwoch beschlossen, den Bundesvorstand des Reichsbanners zum 27. Dezember nach Berlin einzuberufen.

SPD. Auf die Anfrage des Reichsinnenministers wegen der Vorgänge in der Montag-Sitzung des Braunschweigischen Landtags hat die braunschweigische Regierung erwidert, dass die Nazi-Abgeordneten sich mit Zivil-Mänteln bekleidet in das Landtagsgebäude begeben und erst dort die Parteiuniform gezeigt hätten.

Die Polizeigewalt im Landtag; stehe aber nicht der Regierung sondern dem Landtagspräsidenten zu.

Demgegenüber wird uns aus Braunschweig gemeldet, dass Nazi-Abgeordnete in den letzten Tagen auch ausserhalb des Parlaments in Uniform gesehen worden sind und dafür zahlreiche Zeugen beigebracht werden können. Im übrigen aber handelt es sich bei dem Vorfall im Braunschweigischen Landtag nicht nur darum, ob ein formaler Anlass zum Einschreiten wegen des Uniformverbots gegeben war, sondern, dass die nationalsozialistischen Abgeordneten trotz ihrer Legalitätsversicherung das erlassene Verbot bewusst übertreten haben.

SPD. Karlsruhe, 16. Dezember (Eig. Draht)

Die badische Regierung hat verfügt, dass ab 1. Januar 1932 bis einschliesslich September 1933 die Gehälter, Ruhegehälter, die Bezüge der Hinterbliebenen die Unterstützungen, sowie die Gehälter während der Probezeiten der Beamten monatlich in zwei Teilen ausbezahlt werden und zwar wird die erste Hälfte jeweils am 1. des Monats zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung des zweiten Gehaltsteils verschiebt sich von Monat zu Monat jeweils um einige Tage, bis zu Beginn des Oktober 1933 erreicht ist, dass die bisher geübte Vorauszahlung der Gehälter beseitigt ist und die Gehälter dann für den jeweils zurückliegenden Monat gezahlt werden. Die Vorschrift gilt auch für die Bezüge der Gemeindebeamten und Angestellten und die sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die nationalsozialistischen Mordbuben aus der Hufelandstrasse wurde am Mittwoch Kriminalkommissar Herbst vernommen. Die Vernehmung ergab eine weitere sehr schwere Belastung der Mordschützen.

Der Kommissar, der den in Kufstein festgenommenen Kollatz nach seiner Auslieferung in München vernommen hat, stellt fest, dass der Angeklagte sein r zeit eine Schilderung der Mordtaten gegeben hat, die im vollkommenen Gegensatz zu seinen feigen Ausflüchten vor Gericht steht. Kollatz hat dem Kommissar erklärt, dass sein Komplize Becker, dicht vor Schneider stehend, den tödlichen Schuss abgefeuert habe. Diese eindeutige Entlarvung des Mörderkollegen will der Angeklagte jetzt nicht wahr haben. Er behauptet, dass er selbst auf Schneider geschossen habe -, allerdings versehentlich, da er gestolpert sei, sodass aus einem Schreckschuss, den er eigentlich abfeuern wollte, eine todbringende Kugel wurde. Kollatz kann den krassen Widerspruch zwischen seiner Münchener Vernehmung und seiner jetzigen Darlegung nicht mit einem Wort erklären. Er hat aber dem Kriminalkommissar gegenüber auch erklärt, dass Hauschke den Mord an Graf begangen habe. Er ist sogar so weit gegangen, den tödlichen Schuss im detail zu erklären, indem er von einem "sehr komplizierten Kopfschuss" gesprochen hat. Ueber seine Flucht hat Kollatz dem Kriminalkommissar Angaben gemacht, die die SA-Leitung aufs schwerste blösstellen. Er erklärte in München, dass er auf ausdrücklichen Befehl der SA-Führung geflohen sei, die die Mittel für die Flucht aufgebracht habe. Aber nicht nur er, sondern auch Hauschke und Becker seien von der SA-Führung nach genauem Fluchtplan abgeschoben worden. Er selbst, so erklärte Kollatz damals, habe einen Parteibefehl zum Verschwinden und einen Ausweis bekommen, in dem gestanden hätte, dass ihm, Kollatz, Glauben zu schenken sei und dass ihn die Parteigenossen überall zu unterstützen hätten. Der Kriminalkommissar ist der Ansicht, dass Kollatz bei seiner ersten Vernehmung die Wahrheit gesagt hat und er jetzt vor Gericht verwirren will. Diese Bemerkung erregt den lärmenden Unwillen der Verteidiger, die von einem "Sachverständigengutachten" sprechen. Der Vorsitzende bemerkt daraufhin: "Das Gericht weiss das wirklich alles schon", worauf der Verteidiger Zarnow bemerkt:

"Das ist aber doch wohl die Privatmeinung des Herrn Vorsitzenden." "Natürlich" erwidert Landgerichtsdirektor Rucker. Interessant ist auch, dass Kollatz dem Kriminalkommissar Herbst gegenüber zugestanden hat, dass er, Becker und Hauschke sich zu dem Ueberfall auf das Schneidersche Lokal verabredet hatten und gleichsam mit verteilten Rollen gearbeitet haben. Zum Mord an Schneider wurde Becker vorgeschickt, während seine Spiessgesellen draussen Posten standen. Auf Graf hat Hauschke dann geschossen, weil dieser sich "in die Sache einmischte". Der Kriminalkommissar betont ausdrücklich, dass Kollatz alle seine Angaben völlig freiwillig gemacht habe.

Ein ebenso schwerer Schlag für die Angeklagten wie die Aussage des Kriminalkommissars ist das Gutachten des Sachverständigen Fiedold, der in dem Anzugstoff des ermordeten Reichsbannermanns Willi Schneider Pulverkörnchen gefunden hat. Dieser Fund lässt darauf schliessen, dass der Mörder aus ganz kurzer Entfernung, wahrscheinlich noch unter einem Meter, geschossen hat. Damit ist die Nazilüge, der Schuss wäre aus weiterer Entfernung gefallen, widerlegt. Der Arbeiter Hübner, der zufällig vorüberkam und den Mordüberfall erlebte, sagt aus, dass es vor dem Schneiderschen Geschäft im Augenblick der Tat völlig ruhig gewesen sei und keine Schlägerei stattgefunden habe. Frau Kirschke, die Wirtin des Naziverkehrslokals in der Hufelandstrasse, ist gezwungen, gegen ihre eigenen Gesinnungsfreunde auszusagen. Die Angeklagten hatten behauptet, dass Reichsbannerleute die Nazidestille gestürmt hätten. Die Zeugin weist diese Behauptung zurück und weiss von keinerlei Angriffen. Es hätten nur verschiedene Frauen, die ihre Männer suchten, an die Jalousien geklopft. Mehrere Nazizeugen versuchen krampfhaft, die Mörder zu entlasten und erzählen die lächerlichsten Märchen von 30 und mehr Reichsbannerleuten, die sie mit Riesenlatten angegriffen hätten. Ein Nazi will auch verletzt worden sein, kann jedoch keine genaueren Angaben machen. Der SA-Mann Scheffel hat nur einen Schuss gehört als Schneider fiel. (Die Angeklagten behaupten bekanntlich, dass unmittelbar auf den ersten Schuss ein zweiter gefallen sei). Im übrigen weiss sich der Zeuge, der mit Kollatz zusammen flüchtete, an nichts mehr zu erinnern. Dieser Gedächtnisverlust ist sehr seltsam, da Scheffel bei seiner polizeilichen Vernehmung viel gesprächiger war. Der Nazi begründet das mit kindischen Ausreden.

Auch die weiteren Zeugen, darunter ein Kraftwagenführer, der sich als erster um den erschossenen Graf bemühte, bestätigen in allen Punkten die Anklage. Der Chauffeur kann u.a. bekunden, dass Schneider niemand geschlagen hat; er hörte den Mordschuss Beckers und sah den Schützen gleich darauf schleunigst aus dem Lokal fliehen und das Weite suchen. Von Wichtigkeit ist ferner die Aussage des Mechanikers Pasewalk, der die Silvesterfeier bei Schneider mitgemacht hat. Pasewalk, der völlig ahnungslos den Laden um 3 Uhr nachts verliess, um nach Hause zu gehen, wurde auf der Strasse von einer Horde von 15 Nazis unter den Rufen: "Das ist ja der Richtige!" überfallen und schwer misshandelt. Dieser Ueberfall geschah, ohne dass Pasewalk mit den Rowdys auch nur ein Wort gewechselt hatte. Ein schlüssiger Beweis dafür, dass der Anschlag auf Schneider mit aller Planmässigkeit vor sich gegangen ist. Der Kaufmann Niedergesäss, ein gänzlich Unbeteiligter, der von seiner Wohnung aus die Vorfälle beobachtet hat, hat zwei junge Leute gesehen, die an das Geschäft von Schneider heranschlichen und sich zuriefen: "Das ist der Laden, da sind sie drin!" Der Zeuge kann weiter bekunden, dass ein junger Mensch in brauner Lederjackette einige Zeit vor dem Anschlag auf Willi Schneider in den Laden einzudringen versuchte, aber von Vater Schneider mit den Worten abgewehrt wurde: "Sie haben in meinem Laden nichts zu suchen, Zigarren können Sie am Montag kaufen." Der Bursche erwiderte darauf: "Halt die Fresse, Mensch". Dieser angenehme Jüngling war niemand anders als der jetzt angeklagte Kollatz. Das Eindringen Beckers hat der Kaufmann ebenfalls beobachtet, gleich darauf fiel der Schuss. Auch dieser Zeuge hat nur einen Schuss gehört und hält es für völlig ausgeschlossen, dass der Mörder "beim Stolpern" Willi Schneider versehentlich ge-

troffen hat.

Am Mittwoch wird die Beweisaufnahme abgeschlossen werden. Am Donnerstag beginnen die Plädoyers. Ein Antrag der Verteidiger, einen Lokaltermin in der Hufelandstrasse abzuhalten, wird vom Gericht abgelehnt.

SPD. Basel, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Unterkomitee für Statistik des Sonderausschusses der BIZ hat seinen Bericht fertiggestellt. Er enthält genauere Angaben über die deutsche Zahlungsbilanz, die ein Defizit von 1300 Millionen Mark aufweist. Das Komitee kommt zu dem Schluss, dass es unmöglich sei, eine genauere Ziffer für die deutschen Guthaben im Ausland anzugeben, dass diese jedoch mehr als 8 500 Millionen Mark betragen würden. Der Bericht betont aber zugleich den provisorischen Charakter dieser Schätzungen. Im Falle einer Änderung der Wirtschaftslage würden die Zahlen binnen kurzem ganz anders lauten.

Die Form, die dem Schlussbericht des Unterkomitees zu geben ist, steht noch nicht fest. Hinsichtlich der Kompetenz des Sonderausschusses bestehen noch ernstliche Meinungsverschiedenheiten.

SPD. Rendsburg, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

In dem Örtchen Erfde haben die Nationalsozialisten nach den letzten Wahlen Einfluss auf die Kommunalverwaltung erreicht. Wie viele andere Gemeinden ist durch diesen Einfluss nun auch Erfde in Finanzschwierigkeiten geraten. Da der den Nazis nahestehende Gemeindevorsteher die Einführung von Steuern nicht vornehmen zu können glaubte, hat die Gemeinde die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung einstellen müssen. Offenbar ist das der nationale Sozialismus der Hitlerianer, der der Arbeiterschaft Hilfe bringen soll.

SPD. Paris, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch waren sämtliche Bäckereien des Nord-Departements geschlossen. Die Schliessung erfolgte aus Solidarität mit den in der Nähe der belgischen Grenze ansässigen Bäckern, deren Geschäfte durch die Masseneinfuhr von Brot aus Belgien vollkommen ruiniert sind. Da das belgische Brot infolge geringerer Einfuhrzölle um mehr als die Hälfte billiger ist als das französische Brot, decken fast sämtliche in der Nähe der Grenze wohnenden Franzosen ihren Brotbedarf in Belgien, wozu sie bis zu einem Gewicht das Recht haben.

In Lille fand am Mittwoch-Vormittag eine Bäckerversammlung statt, nach deren Beendigung sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge zur Präfektur begaben, um dort Schutzmassnahmen zu verlangen.

SPD. Im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats fand am Mittwoch eine gemeinsame Tagung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, des sozialdemokratischen Parteiausschusses, des Bundesausschusses des ADGB, der Arbeiter-Sportverbände und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Bund statt. Der Vorsitzende des ADGB Leipart betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Versammlung sei notwendig geworden, um zu der Masse der Arbeiterschaft, besonders aber zu der Masse der vielen unter der Not leidenden Arbeitslosen zu sprechen, die von ihren Vertretern in Gewerkschaft und Parlament die Ablehnung der letzten Notverordnung in vielen Protestbriefen gefordert hätten.

Leipart ging dann auf den Inhalt der Notverordnung ein und bezweifelte,

dass mit dieser Verordnung der gewollte Zweck, nämlich die Sicherung der Wirtschaft und die Behebung der Krise, zu erreichen sei. In den Kundgebungen der sozialreaktionären Kreise in Wirtschaft und Parlament zeige sich immer wieder die Tendenz, die Gewerkschaften zum Sündenbock für alle Schäden zu machen, die sich aus der Weltwirtschaftskrise ergeben haben. Der sogenannte Kampf gegen den Marxismus sei schliesslich nichts anderes als der Kampf gegen die Lohnpolitik der Gewerkschaften, der alte Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der sich jetzt in neuem Gewande zeige. Noch heute verwende das Unternehmertum im Kampf gegen die Gewerkschaften die alte Lohnfonds-Theorie, die schon vor 60 Jahren durch Lujo Brentano als völlig falsch und unwissenschaftlich nachgewiesen worden sei. Gegenüber dieser falschen Theorie müsse festgestellt werden, dass es nicht auf eine fest begrenzte Lohnsumme des Unternehmerkapitals ankomme, sondern auf den Konsum, auf die Kaufkraft, die jetzt durch die fortgesetzten Lohnsenkungen immer mehr geschwächt worden sei. Die Statistik gebe das tatsächliche Ausmass der Lohnsenkung garnicht richtig wieder, denn sie basiere nur auf den Tariflöhnen, während die ganze Wucht der Lohnherabsetzungen sich zunächst auf die übertariflichen Löhne gestürzt habe. Wenn jetzt darüber hinaus die Notverordnung eine neue Lohnsenkung von durchschnittlich 15 Prozent bringe so sei es ganz ausgeschlossen, dass diese Senkung durch die gleichzeitig in der Notverordnung verfügten Preissenkungen ausgeglichen werden könne.

Leipart führte als Beispiel den 40 Mark-Wochenlohn eines Arbeiters an, um daran zu zeigen, dass, selbst wenn es gelingen sollte, alle Lebensmittel und die Mieten um 10 Prozent zu senken, der Lohn dieses Arbeiters immer noch mehr gesenkt würde als die Preissenkung ausmache. Die Gewerkschaften hätten bis zum letzten Augenblick die Regierung bestürmt, von den Lohnsenkungsplänen abzustehen. Den gewerkschaftlichen Forderungen sei leider in der Notverordnung nicht Rechnung getragen worden. Andererseits müsse aber gerechterweise festgestellt werden, dass die viel weitergehenden Forderungen der Unternehmer durch die Regierung in der Notverordnung nicht erfüllt worden seien. Die schon in dem Programm der Wirtschaftsverbände und später von allen Unternehmergruppen aufgestellten Forderungen, die tarifliche Bindung der Löhne zu unterhöhlen und die Verbindlichkeitserklärungen von Tarifen ganz aufzuheben, seien von der Regierung nicht berücksichtigt worden. Man könne sogar von einer Stärkung des Tarifgedankens durch die Notverordnung sprechen. Bei aller Kritik an der Notverordnung dürfe nicht verkannt werden, dass die deutsche Regierung sich in einer Lage befinde, von der die grosse Masse der Bevölkerung sich keine rechte Vorstellung machen könne. Bei der jetzigen aussenpolitischen Situation sei es für die Gewerkschaften geboten, sich zunächst mit der Notverordnung abzufinden, aber alle Kräfte anzuspannen, um darüber zu wachen, dass die verheissene Preissenkung nun auch wirklich zur Tat werde.

Leipart stellte zum Schluss die Forderung auf, dass endlich Schluss mit den Reparationen gemacht werden müsse. Was an Verwüstungen durch den Krieg wiedergutzumachen war, das sei durch die bisherigen Leistungen Deutschlands längst abgetragen worden. In voller Uebereinstimmung mit der gesamten Arbeiter-Internationale müsse die Streichung aller Reparations- und Kriegsschulden gefordert werden, damit die deutsche Wirtschaft und darüber hinaus die Wirtschaft der ganzen Welt gesunden könne.

Im Anschluss an die mit grossem Beifall aufgenommenen Ausführungen Leipart nahm als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Abgeordneter Dr. Breitscheid das Wort. Er führte u.a. aus :

Es kann heute nur darauf ankommen, eine Betrachtung über die Gesamt Tendenz und die leitenden Ideen der Notverordnung anzustellen und die Konsequenzen, die Partei und Gewerkschaften aus ihrer Verkündung zieht, restzustellen und zu beleuchten. In knappen Worten zusammengefasst waren die Grundgedanken und Grundabsichten des Kabinetts Brüning offenbar die folgenden: Es soll durch die Schaffung neuer Einnahmen das Einkommen des Reichs erhöht und es sollen durch die Herabsetzung der Gehälter der Beamten und der Löhne der Arbeiter in den öffent-

lichen Betrieben die Ausgaben gesenkt werden. Es soll ferner die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erhöht oder besser gesagt erhalten werden. Diesem Zweck sollen alle die Massnahmen dienen, die auf eine Verringerung der Produktionskosten gerichtet sind. Und drittens soll im Interesse der laufenden und bevorstehenden internationalen Verhandlungen Beweis erbracht werden, dass Deutschland alles in seinen Kräften Stehende tut, um seine innere Ausgaben zu senken und damit der Forderung nach Fortzahlung der Reparation in den nächsten Jahren zurückzuweisen. Demselben Zweck dienen dann auch bis zu einem gewissen Grade die Bestimmungen über die Sicherung des inneren Friedens, (Uniformverbot, Verbesserung des Ehrenschutzes usw.), durch die das Vertrauen zu einer ruhigen Fortentwicklung der Verhältnisse in Deutschland wieder hergestellt werden soll.

Was nun zunächst das Bestreben betrifft, das Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten herzustellen, so brauche ich kaum besonders hervorzuheben, dass infolge der Wirtschaftskrise die öffentlichen Einnahmen sinken, während gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben steigen. Die Einnahmen sinken, weil die Einkommen- und Lohnsteuer zurückgeht, weil die Umsätze, der Verbrauch, der Verkehr sich vermindern. Das Steigen der öffentlichen Ausgaben ist in der Hauptsache eine Folge der Arbeitslosenunterstützung. Wir werden in diesem Rechnungsjahr rund 2 Milliarden aus öffentlichen Mitteln für die Unterstützung der Arbeitslosen aufwenden müssen. Wenn man von den Haushaltsplänen des Reichs der Länder und der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1931 ausgeht, kann man die Fehlbeträge, die sich bis zum Ende des Rechnungsjahres ergeben werden, auf etwa 4 Milliarden schätzen. Die früheren Notverordnungen haben sich bemüht, die wachsenden Fehlbeträge durch Erhöhung der öffentlichen Einnahmen und Senkung der öffentlichen Ausgaben auszugleichen. Und glücklicherweise hat das Hoover-Freijahr zur Erreichung dieses Zieles beigetragen. Aber die bisherigen Deckungsversuche reichten nicht entfernt aus und deshalb werden jetzt neue Massnahmen ergriffen. (Umsatzsteuer, Gehaltskürzungen.)

Die neueröffneten Deckungsmöglichkeiten lassen sich für das laufende Rechnungsjahr schätzen beim Reich auf annähernd eine halbe Milliarde, bei Ländern und Gemeinden pro rund 300 Millionen. Damit sind bisher für das Rechnungsjahr 1931 etwa 3 Milliarden Einnahmeerhöhungen und Ausgabekürzungen vorgenommen worden. Dazu kommen noch die Deckungsmöglichkeiten, die sich aus der Ländernotverordnung ergeben, die aber zahlenmässig noch nicht zu übersehen sind. Jedenfalls ist es fraglich, ob die Gesamtdeckung vollständig erreicht ist.

Viel grösser sind die finanziellen Gefahren, die sich aus der Notverordnung für die Zukunft ergeben. Schon heute ist zu übersehen, dass die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden im nächsten Rechnungsjahr noch viel schlechter sein wird als heute. Denn erst dann müssen die steuerrückgänge ihren vollen Umfang erreichen. Dieser verhängnisvollen Entwicklung sucht die Notverordnung dadurch entgegenzuwirken, dass sie den öffentlichen Körperschaften im Rechnungsjahr 1932 neue Deckungsmöglichkeiten von rund 1,2 Milliarden eröffnet. Dieser Betrag ergibt sich im wesentlichen daraus, dass die Erhöhung der Umsatzsteuer und die Kürzung der Gehälter 1932 für ein ganzes Jahr wirksam werden. Wahrscheinlich wäre damit ausreichende Vorsorge getroffen, wenn nicht die wirtschaftspolitischen Vorschriften der Notverordnung neue Gefahren für die öffentlichen Finanzen heraufbeschwören würden.

Die Art, wie der Versuch zu einer Ethaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt unternommen wird, ist nun derjenige Punkt, an dem unsere Kritik am lebhaftesten einzusetzen hat, weil hier die Interessen der uns nahestehenden Klassen der Bevölkerung am stärksten berührt werden. Was kann die Herabsetzung der Löhne, die nur einen Teil der Produktionskosten darstellen um 10 oder gar 15 Prozent, was kann die Herabsetzung der sonstigen Produktionskosten, selbst wenn sie annähernd dasselbe Ausmass erreichen würde, gegenüber der Entwertung der fremden Währungen um 30 bis 35 Prozent und gegenüber den englischen Schutzzöllen bedeuten, die den Preis der eingeführter

Waren um 50 Prozent erhöhen? Es wäre das Notwendigste, in dieser Zeit alle Kraft an die internationale handelspolitische Verständigung zu setzen.

Selbst wenn, was einstweilen mehr als zweifelhaft erscheint, Reallöhne des arbeitenden Volkes erhalten würden, wäre also damit die innere Kaufkraft höchstens bis auf dem bisherigen Niveau gehalten. Das Wahrscheinlichste aber ist die Förderung der Exportmöglichkeiten durch Stärkung der Rentabilität der Unternehmungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Das bedeutet die weitere Einschumpfung der deutschen Wirtschaft, da für ein Land, das in erster Linie industrielle Fertigwaren ausführt, seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nur durch die Stärke des inneren Marktes gesichert werden kann.

Nun wird vielfach in kapitalistischen wie in sozialistischen Kreisen von den einen als die dunkle Schattenseite, von den anderen als einen Vorzug der neuen Notverordnung ihr energisches Eingreifen in die Individualwirtschaft hingestellt.

Dass die neue Notverordnung, indem sie klarer als es je zuvor geschehen ist, sich zu dem Grundsatz bekennt, dass das öffentliche Interesse jedem privaten Einzelinteresse voranzugehen hat, würdigen wir als einen Sieg der sozialistischen Grundauffassungen. Das Prinzip von der Heiligkeit privater Verträge ist mit dieser Notverordnung von der bürgerlichen Regierung selbst endgültig aufgegeben, und wir als Sozialisten werden allen Anlass haben uns diesen Präzedenzfall zu merken.

Aber wir dürfen diesen formal-sozialistischen Charakter der Notverordnung nicht verwechseln mit ihrem sozialreaktionären Inhalt. Sicherlich ist es sozialistisch, öffentliche Interessen den privaten Interessen überzuordnen. Aber nichts wäre törichter, als deshalb jeden staatlichen Eingriff, der unter dem Deckmantel des öffentlichen Interesses in weitem Umfange den Interessen einzelner Klassen und Gruppen der Gesellschaft dient, als eine sozialistische Aktion zu betrachten.....

(Schluss der Rede s. hinter Landtags-Stimmungsbild.)

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 16. Dezember (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag hatte am Mittwoch wieder einen grossen Tag: deutschnationales Misstrauensvotum gegen den neuen Finanzminister Klepper. Das Misstrauensvotum wurde von dem pommerschen Junker von Rohr mit all den persönlichen Verdächtigungen und Gehässigkeiten begründet, mit denen die Reaktion heute im politischen Kampf arbeitet. Ohne die geringste Beweisführung wurden Behauptungen hinausgeschleudert wie die, dass die bisher von Klepper verwaltete Preussische Zentralgenossenschaftskasse nicht voll zahlungsfähig sei. Auch sonst wurde keine Bemerkung unterdrückt, die irgendwie geeignet erscheinen konnte, den preussischen Finanzverwalter oder den preussischen Etat herabzusetzen.

Aber die Antwort, die die Deutschnationalen von dem Abgeordneten Dr. Hamburger (Soz.) bekamen, werden sie sich nicht hinter den Spiegel stecken. Entscheidende Stellen im Reich und in Preussen gerade im Hinblick auf die Landwirtschaft werden gegenwärtig von Männern eingenommen, die vor wenigen Jahren führende Deutschnationale waren: Klepper selbst, Schiele, Schlange-Schöningen, Treviranus, Lindeiner-Wildau usw. usw. Auch gegen diese ehemaligen Parteifreunde führen die Deutschnationalen einen schmutzigen Verleumdungsfeldzug, wetteifernd mit den Nationalsozialisten. Während Hugenbergs Berliner "Tag" die fachliche Befähigung Kleppers unumwunden anerkannt hat, während der deutschnationale Abg. Kaufhold erst vor kurzem im Landtag erklärt hat, die jungen Leute der Preussenkasse seien ausnahmslos tüchtig und füllten ihren Posten voll aus, hat Herr von Rohr ihnen am Mittwoch jeden nur denkbaren Schimpf angetan. Dabei hätten die Deutschnationalen - Dr. Hamburger (Soz.) peitschte sie mit schwerwiegenden Tatsachen - allen Grund, aus Schamgefühl zu schweigen oder mindestens sehr vorsichtig zu sein. Ihr Fraktionsvorsitzender Dr. von Winterfeldt hat seine Kur. und Neumärkische Ritterschaftsbank nur mit Hilfe der Preussenkasse des verleumdeten Präsidenten Klepper über Wasser gehalten. Ihre Direktoren der Pommerschen Hauptgenossenschaft, Herrn von Röhrs engste Freunde, sind in der vergangenen Woche wegen Steuerbetrugs verurteilt worden. Ihrem deutschnationalen Reichstagsvizepräsidenten Dietrich, ihrem deutschnationalen Landtagsführer Seelmann-Eggebert hat ein Untersuchungsausschuss des Landtages einstimmig bescheinigt, dass ihre Geschäftsführung in der Raiffeisenbank zerfahren, verantwortungslos und korrupt gewesen sei. Mit einem kräftigen Hinweis auf das Landesverräterische, das im Treiben der Deutschnationalen liegt, wenn sie gerade im Augenblick schwierigster internationaler Verhandlungen die deutschen Finanzverwalter vor aller Welt diskreditieren, schloss Dr. Hamburger seine aussergewöhnlich wirkungsvollen Darlegungen. - Die Abstimmung über das Misstrauensvotum erfolgt bekanntlich am Freitag.

Der Rest der langausgedehnten Sitzung wurde von der Beratung eines sozialdemokratischen Antrags gegen den Terror der Landwirtschaftsverbände auf dem Lande ausgefüllt. Die Abgeordneten Peters-Hochdonn (Soz.) und Weidemann (Soz.) zeigten mit drastischem Material, dass die Grossgrundbesitzer und die ihnen folgenden Bauern systematisch darauf ausgehen, alle Sozialversicherungen zu vernichten, alle Gewerkschaften zu zerschlagen, alle Leistungen an den Staat einzustellen und ihre unumschränkte Herrschaft über alle Bewohner des Landes aufzurichten. Die Nationalsozialisten haben schon ein ganzes System der Leibeigenschaft ausgearbeitet, unter dessen Joch sie im Dritten Reich Kleinbauern und Landarbeiter zwingen wollen.

Mit Recht forderte die Sozialdemokratie von der Regierung grösste Energie gegen die Gewaltmethoden und die anarchistischen Tendenzen des Besitzes. Wie gefährlich und verbreitet sie sind, zeigt vielleicht am besten die Tatsache, dass der Volksparteiler Graf Kanitz, früher wiederholt Reichsminister,

sich unumwunden zum Programm der Junkerdictatur bekannte. Sein Vater, der alte konservative Reichstagsabgeordnete und Landbund-Mitbegründer, der in seiner berühmten Parole weiterlebt: "Ohne Kanitz keine Kähne!" hat bestimmt nie junkerlicher gesprochen als am Mittwoch der Sohn. Industriekapitäne und Grundherren wittern die Morgenluft des Dritten Reiches. Am arbeitenden Volk in Preussen wird es liegen, ihnen zu zeigen, dass sie zu früh ihre Karten aufgedeckt haben!!

Schluss der Breitscheid-Rede.

Wir sind nicht die Verfechter des Grundsatzes von der Heiligkeit der Verträge, aber es ist wirklich nichts weniger als eine sozialistische Anwendung, wenn das Abrisken von der Vertragsgültigkeit beginnt mit dem Eingriff in die kollektiven Arbeitsverträge zum Zwecke einer radikalen Lohnsenkung.

Stellen wir also gegenüber: Auf der einen Seite ein starker grundsätzlich sicherlich nicht bedeutungsloser Eingriff in das privatkapitalistische System, ferner ein Ansatz dazu, die Lasten nicht ausschliesslich auf die Schultern der Arbeiterklasse zu legen. Versprechen, spätere Zeit Ausgleich zwischen Lohn- und Preissenkung zu schaffen, wenn der jetzige Versuch fehlschlägt. Keine Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen. Einstweiliger Verzicht auf allzu starke Eingriffe in die Versicherungsleistungen.

Auf der anderen Seite: Das Eingreifen in die Privatwirtschaft weit entfernt von der Befolgung sozialistischer oder auch planwirtschaftlicher Ideen. Einbruch in das Tarifrecht, Senkung der Löhne und Gehälter, denen nur unzureichende Senkung der Lebenshaltungskosten gegenüberstehen. Unzureichender und für die Arbeiterschaft verhängnisvoller Versuch, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Wahrscheinlich unzureichende Deckung des Defizits im diesjährigen Haushalt und dazu keinerlei Sicherheit für die Deckung des Defizits im kommenden Rechnungsjahr. Drohende Gefahren für die Versicherungsleistung.

Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion gegen die Einberufung des Reichstags gestimmt. Damit hat sie ihre bisherigenpolitische Linie auch nach Erlass der neuen Notverordnung vorläufig innegehalten. Warum? Unter normalen Verhältnissen würden wir den meisten Bestimmungen der Notverordnung unsere Zustimmung nicht gegeben haben. Aber Verhältnisse sind nicht normal. Niemand wird zu behaupten wagen, dass wir im gegenwärtigen Reichstag, selbst wenn er ordnungsmässig arbeitete, Besseres für die Arbeiterklasse hätte herausholen können.

Der Kampf gegen den Faschismus muss durchgeführt werden und nicht nur auf parlamentarischem Boden. Hier gebührt dem Reichsbanner unser Dank. Gegenüber den Vorgängen im Braunschweiger Landtag vermischen wir die starke Hand bei der Regierung, insbesondere bei dem Reichsinneminister. Unsere Aufgabe für die nächste Zeit liegt bei der Frage der Preissenkung; davon wird unsere zukünftige Haltung ebenso beeinflusst werden, wie von dem Mass an Energie, das Regierung im Abwehrkampf aufbringt.

Parteivorsitzender Otto Wels legt der Versammlung dann die an anderer Stelle wiedergegebene Erklärung vor, die einstimmig angenommen wurde. Wels schloss die Versammlung mit der Versicherung, dass die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen fest auf der Wacht stehen werde, um im Kampf für die Demokratie den Faschismus auf die Knie zu zwingen. Macht gegen Macht, vorwärts durch Kampf zum Sieg! (Lebhafter Beifall.)

Preussischer Landtag

264. Sitzung.

SPD. Berlin, 16. Dezember 1931

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung steht zunächst das deutschnationale Misstrauensvotum gegen den Finanzminister Klepper.

Abg. von Rohr begründet den Antrag und verlangt Herbeirufung des Ministers, die mit den Stimmen eines Teils der Staatspartei beschlossen wird.

Die Sitzung wird bis zum Eintreffen des Ministers vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung macht Präsident Wittmaack darauf aufmerksam, dass nach dem Standpunkt des Geschäftsordnungsausschusses die Begründungsrede für das Misstrauensvotum durch die erfolgte Abstimmung beendet sei. Denn eine Abstimmung während einer Rede solle nicht statthaft sein.

Die Abgg. Borck (Dtn.) und Stendel (DVP) widersprechen.

Abg. Leinert (Soz.): Im Entwurf der neuen Geschäftsordnung ist klar ausgesprochen, dass eine Abstimmung nur nach einer Rede erfolgen kann. Bisher war die Frage strittig, und strittige Fragen entscheidet entweder der Präsident selbst oder er kann das Haus befragen.

Präs. Wittmaack: Ich will dann entscheiden, dass Herr von Rohr seine Rede fortsetzen darf.

Abg. von Rohr: Der neue Finanzminister hat die von ihm früher geleitete Domänenpächterbank in sehr schlechtem Zustand verlassen. Als Präsident der Preussenkasse hat er es denn verstanden, im grössten Masstab die Landwirtschaft durch die Schneiderei der Klepperagenten zu schinden, die man im Lande "Klepperjünglinge" nennt. (Zurufe links: Junkerfrechheit!) Dass dies absichtlich geschieht, um die Landwirtschaft in ein Joch der Abhängigkeit zu zwingen, hat der Wirtschaftssachverständige der Gewerkschaften, Professor Lederer, ausdrücklich ausgesprochen. Den Scheuerkonzern hat Klepper zu einem viel zu teuren Preise gekauft auf Grund gefälschter Bilanzen. Damit hat er systematisch den freien Handel ausgeschaltet. Eine besonders dunkle Rolle spielt dabei Staatssekretär Hagedorn. (Zuruf links: deutschnational!) Ja, die Hagedorn, Lindeiner, Schiele, Schlange-Schöningen und Klepper sind alle einmal deutschnational gewesen. Aber müssen denn alle, die auf eine abschüssige Bahn geraten, gerade bei Herrn Klepper unterkommen? (Zuruf bei den Soz.: Sie werfen also Herrn von Lindeiner Korruption vor?) Er ist politisch abgerutscht, und das Politische und das Charakterliche geht immer durcheinander. (Heiterkeit und Unruhe links). Jedenfalls hat das System Klepper in der deutschen Landwirtschaft grenzenlose Erbitterung und Verzweiflung ausgelöst. Je höher Herr Klepper gestiegen ist, desto tiefer ist die deutsche Landwirtschaft gesunken. (Pfuirufe links) Mit Zuckerbrot und Peitsche hat Klepper einen grossen Teil der Kreditnehmer dahin gebracht, dass sie nicht mehr den Mund aufzumachen wagen. Besonders empört hat uns, dass er bei der Huldigung des Swinemünder Genossenschaftstages für den Feldmarschall Mackensen ostentativ sitzen geblieben ist. Dieses System trägt alle Zeichen des sittlichen Verfalls an sich. (Grosse anhaltende Unruhe links).

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Herr von Rohr hat mit jeder seiner Reden bewiesen, dass er zu provozieren gewillt und befähigt ist. Aber so verantwortungslos und leichtfertig wie heute hat er doch noch nie gesprochen. (Lebhafte Zustimmung links) - Der Formulierung der verwerflichsten Demagogie: je höher Klepper stieg, desto höher stieg die Not der Landwirtschaft, sollte sich der tiefstehende Versammlungsredner schämen (Sehr gut!) Am Dienstag hat der Landwirtschaftsverband Ostpreussen den Reichspräsidenten gebeten, schleunigst seinen Platz zu räumen. Heute hat Herr von Rohr auf Klepper geschlagen und Hindenburg gemeint; er hat nur nicht

den Mut gehabt, seinen wirklichen Feind bei Namen zu nennen. Ueber Herrn Klepper haben wir im Hugenberg'schen "Tag" bei seinem Amtsantritt lesen können, man könne ihm die sachlichen Fähigkeiten für sein Amt nicht absprechen. Aber leider könne man einen Minister dieses Systems das Vertrauen zu reiner Sachlichkeit nicht unbedingt entgegenbringen. Nach dieser Anerkennung Hugenbergs muss die persönliche Kritik des Herrn von Rohr an Klepper als reine Demagogie gewertet werden. Die gehäuften und konzentrierten Vorwürfe gegen ihn gipfelten in der Behauptung, dass er für das ganze Elend der deutschen Landwirtschaft verantwortlich sei. Das ist zu primitiv, als dass es selbst der rückständigste deutsche Wähler glaube. Auf diese Weise kann Herr von Rohr nicht vergessen machen, dass die Reichsleitung gegenwärtig überwiegend in den Händen ehemaliger Deutschnationaler ist. (Sehr gut! Links) Herr von Rohr hat verächtlich von den Klepperjünglingen gesprochen. Aber sein Parteifreund Kaufhold hat hier im Plenum unlängst erklärt, die "Konfirmandenbank" der Preussenkasse bestehe zwar aus lauter jungen Leuten, aber sie seien hervorragend tüchtig und ihrer Aufgabe in vollem Umfang gewachsen. (Grosse Heiterkeit und Hört, hört!) Das Lob aus Feindesmund hat Beweiskraft. Herr von Rohr glaubt offenbar, den heftigen Konkurrenzkampf, in dem er augenblicklich mit den Nationalsozialisten steht, am besten durch eine möglichst schmutzige Art der Polemik bestehen zu können. Aber die Nationalsozialisten haben ja bereits mehrfach den Deutschnationalen erklärt, sie seien nur der Efeu, der sich an der starken Eiche lieblich emporzuranken habe. Die Eiche ist also Herr Kube, und der Efeu Kaufhold muss sich hübsch kleinmachen. (Schallende Heiterkeit) In einer kleinen Anfrage haben die Deutschnationalen hier die Vermutung ausgesprochen, die Preussenkasse sei nicht liquide. In einer anderen kleinen Anfrage die Vermutung, dass Herr Klepper, der als Finanzminister sehr viel weniger Gehalt erhält wie als Präsident der Preussenkasse, dafür "unter der Hand" entschädigt worden sei. Wir haben Verständnis dafür, dass die Herren Deutschnationalen nicht begreifen können, dass ein Mann ein Amt um des Amtes willen übernimmt, (Sehr gut!), und wir kennen das deutschnationale System systematischer Diskreditierung aller Persönlichkeiten, die sich dem Staat zur Verfügung stellen. Aber sollten nicht gerade jetzt die Deutschnationalen etwas zurückhaltender sein? Die Direktoren der Pommerschen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft sind in der letzten Woche wegen Steuerhinterziehung zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Und den damit schwer belasteten Herrn von Rohr stellt die deutschnationale Fraktion zur Begründung des Misstrauensantrages gegen den Herrn Finanzminister heraus. Sie lässt den Misstrauensantrag unterschreiben durch ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. von Winterfeldt, den Direktor der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftsbank; ich frage Herrn von Winterfeldt, ob seine Bank ohne Reichs- und Staatshilfe heute noch zahlungsfähig wäre, oder ob er der Leiter eines Instituts ist, das in weitem Umfang öffentliche Hilfe hat in Anspruch nehmen müssen. (Grosse Bewegung) Er zweifelt die Liquidität der Preussenkasse an; aber zur Liquidierung seiner eigenen Bank hat er die Hilfe der Preussenkasse in Anspruch genommen. Ich habe vor mir den Bericht des 20. Untersuchungsausschusses über die Raiffeisenbank unter Leitung des deutschnationalen Reichstagsvizepräsidenten Dietrich und des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Seelmann-Eggebert; unwidersprochen mit den Stimmen der Deutschnationalen hat dieser Untersuchungsausschuss festgestellt, das Direktorium habe gänzlich zerfahren und verantwortungslos gehandelt und der Beamtenapparat sei völlig desorganisiert gewesen. Ihre Personalpolitik, meine Herren! (Grosse Heiterkeit links) Einstimmig hat dieser Untersuchungsausschuss festgestellt, dass in dieser Bank unter Ihrer Leitung eine sehr bedenkliche Korruption eingerissen war. Der sehr vorsichtige frühere Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat an dieser Stelle gesagt, die Raiffeisenbank sei ein Augiasstall gewesen.

Und trotzdem hindert sie kein Schamgefühl, das Misstrauensvotum gegen den neuen preussischen Finanzminister in dieser Art zu begründen. (Sehr gut!links)

In einer Versammlung in Danzig hat der deutschnationale Landtagsabgeordnete Steinhoff geäußert: "Alle preussischen Etats sind falsch und der Etat, den das Kabinett demnächst vorlegen wird, wird auch falsch sein". So sprechen Deutschnationale vor den Ohren Polens. So verantwortungslos verleumdete sie in dem Augenblick, in dem Deutschland entscheidende Verhandlungen über Reparationen und Privatschulden führt. Mit vollendeter Gewissenlosigkeit haben sie auch heute gegen Deutschlands zweitwichtigsten Finanzverwalter den Dolchstoß geführt. Die Deutschnationalen haben damit zum Ueberfluss noch einmal den Beweis erbracht, dass ihnen jeder Wille und jede Fähigkeit fehlt, im nationalen Sinne zu arbeiten. Sie kennen nur Parteiagitation und kleinliche Konkurrenzmanöver gegen ihre nationalsozialistischen Rivalen. Die Sozialdemokratie wird in ihrer verantwortungsbewussten Politik und in der Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands für eine bessere Zukunft der Nation fortfahren. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Maretzki (Dtn.): Die unrettbar verworrene Lage kommt von der Uebersteigerung der sozialpolitischen Leistungen, von der Ueberspannung der öffentlichen Wirtschaft und von der Bereitwilligkeit zur Tributpolitik her. (Lebhafte Zurufe: Sie haben ja selbst für den Dawesplan gestimmt!) Alle Angriffe gegen einzelne Deutschnationale sind keine Rechtfertigung des neuen Finanzministers.

Abg. Schwenk (Komm.): Die preussische Regierung ist ja nur Durchführungsorgan der Brüningdiktatur.

Auch die Abgeordneten Metzenthin (DVP) und Keller (Landvolk) erklären die Zustimmung zu dem Misstrauensantrag.

Nach einem Schlusswort des Abg. Kaufhold wird die Debatte geschlossen; die Abstimmung findet am Freitag statt.

Es folgt der sozialdemokratische Antrag auf kräftigeres staatliches Einschreiten gegen Gesetzesverletzungen und Gewalttätigkeiten auf dem Lande.

Abg. Peters-Hochdonn (Soz.): Das Unglück der deutschen Landwirtschaft namentlich der klein- und mittelbäuerlichen Veredelungswirtschaft beruht auf dem Schwinden der Kaufkraft der Massen. Wenn die ländlichen Arbeitgeberverbände der Grenzmark fordern, den Lohn der Deputatarbeiter auf 4 Pfg. pro Stunde, der Freiarbeiter auf 18 Pfg. pro Stunde zu senken, handeln sie direkt bauernfeindlich. Bauernfeindlich ist auch die Agrarpolitik der Grünen Front, deren Richtschnur lediglich das Interesse des getreideverkaufenden Grossgrundbesitzes ist. Dazu kommt die anarchische Ueberproduktion der Landwirtschaft, an deren Stelle wir eine geregelte Bedarfsdeckungswirtschaft setzen wollen. Endlich die Ueberpreise der Industrie, die von den Kartellen bis zu den Hufschmiedereien künstlich hochgehalten werden. Das Kalisyndikat hat nicht die Preise gesenkt, sondern der Grünen Front 5 Millionen zugewiesen, wegen deren Verteilung sich noch jetzt Deutschnationale und Nationalsozialisten zanken. Statt diese wirklichen Ursachen der Not abzustellen, gründet man Bauernnotgemeinschaften, die Zwangsversteigerungen mit Gewalt verhindern und auf dem Lande einen wüsten Terror ausüben. In Schleswig-Holstein sind durchweg ehemalige Offiziere und alte Bombenleger ihre Führer. Ein grosser Teil dieser Leute hat seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch selbst verschuldet; auf dem Lande weiss man ja sehr genau, wie der Einzelne wirtschaftet. Herr von Rohr ist jetzt durch Ostpreussen gereist, um diese Terrororganisationen auch dort zu propagieren. Er hat in Bartenstein die Parole ausgegeben: Wer Zentrumsmann oder Sozialdemokrat, Gewerkschaftler oder Pazifist ist, ist Feind des deutschen Bauern und des deutschen Ostens. So kann nur ein frecher Junker reden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Man erklärt sich durch die Not gezwungen, alle Zahlungen für die öffentliche Hand einzustellen. Aber man zieht mit reich-

lichen Geldmitteln neue gelbe Organisationen auf. (Zuruf bei den Sot.: Aus Dithmarschen sind 60 Lastautos zum Braunschweiger Hitler=Tag gefahren!) Den Gemeindevorstehern werden die Fensterscheiben eingeschlagen, Leute, die im Verdacht stehen, bei Auktionen bieten zu wollen, werden misshandelt, Handwerker und Geschäftsleute, die ihr Geld haben wollen, in Verruf getan. Mit allen Mitteln wird die Staatsgewalt untergraben und die Anarchie proklamiert. Wir verlangen von der Staatsregierung, dass sie die sozialen Versicherungen und die Lohntarife, die öffentliche Ordnung und den inneren Frieden gegen die Gewaltmethoden des Landbunds energisch schützt (Lebhafter Beifall).

Abg. Frau Mehlis (Dtn.): Die Bauern sind eben verzweifelt.

Abg. Graf Kanitz (DVP): Wir können nicht zahlen. Unser ungesundes Kredit- und Geldsystem ist eine reglementierte Verelendung. Wir müssen zu einer Ausweitung des Kreditvolumens und zur Ausschaltung der Gewerkschaften kommen.

Abg. Weidemann (Soz.):

Auch der ehemalige Herr Reichsminister Graf Kanitz hat die absolute Willkür proklamiert und die völlige Kapitulation der Staatsgewalt vor den Landwirtschaftsverbänden gefordert. Vor den Landwirtschaftsverbänden, deren Kreisführer er ist, während er den Landarbeitern Recht und Möglichkeit zur Organisation rauben will. Wir verkennen die Not der Landwirtschaft nicht. Aber wir wissen auch, dass der Gesamtkonkurs aller Landwirte ein alter Plan des Landbundes ist. Wir wissen, dass die agrarischen Kreise Ostpreussens seit langem von einem Absacken der Provinz, also ihrer Auslieferung an Polen, sprechen. Wir wissen, dass man gegen zahlungsfähige und zahlungswillige Landwirte denselben schamlosen Terror übt wie gegen die Landarbeiter. Die Nationalsozialisten in Ostpreussen gehen freilich nicht über das Programm der Landwirtschaftsverbände hinaus und haben ein ganzes System neuer Leibeigenschaft ausgearbeitet. Aber die Grossgrundbesitzer, auch soweit sie noch nicht Nationalsozialisten sind, sind eifrig an der Arbeit, Teile dieses Dritten Reiches schon in der Republik zu verwirklichen. Ueberall wird den Landarbeitern der Krankenschein mit der Begründung verweigert, die Landwirtschaftsverbände hätten beschlossen, die Krankenversicherung aufzuheben. Graf Kanitz hat auch heute wieder von der steuerlichen Ueberlastung gesprochen. Dabei zahlt seit Jahr und Tag die Grosslandwirtschaft überhaupt keine Steuern mehr. Die radikalisierte Grosslandwirtschaft will das Chaos herbeiführen, um mit einer gewaltsamen Zerstörung aller Rechtsgrundlagen zugleich alle Arbeiterrechte zu vernichten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die weitere Debatte wird um 8½ Uhr auf Donnerstag 12 Uhr vertagt. Vorher dritte Lesung des neuen Beamtendisziplinarrechts.

Aus aller Welt

Der Todesschuss beim Zahnarzt.

Die letzte Pariser Kriminalaffäre - Gestohlene Goldbarren und ein anonymer Brief - Ein Chinese wird zum Mörder....

SPD. Paris, Mitte Dezember (Eig. Ber.)

Ein russisch-chinesisches Drama hat Paris in Aufregung versetzt. Ein russischer Dentist wurde von einem chinesischen Uhrmacher ermordet. Der Chinese verletzte noch einen anderen Russen, der gerade auf dem Operationsstuhl des zahnärztlichen Kabinetts sass. Dann flüchtete der Mörder, wurde aber bald von der Polizei verhaftet.

Die Motive der Tat sind unklar. Der Chinese spricht nicht ein einziges Wort französisch und weigerte sich bisher, dem Dolmetscher irgendwelche Auskünfte zu geben. Die Pariser Detektive waren daher ausschliesslich auf Ermittlungen angewiesen. Es ist ihnen gelungen, die mysteriöse Angelegenheit wenigstens teilweise aufzuklären.

Der Chinese, der Liu Yao heisst und 47 Jahre alt ist, hat ein abenteuerliches Leben hinter sich. Gebürtig ist er aus Peking. Er hat schon die ganze Welt bereist, stets arbeitete er als Uhrmacher. Auch in Paris, wohin er vor einigen Jahren kam, eröffnete er im Chinesenviertel der Vorstadt Boulogne eine Uhrmacherwerkstätte.

Eines Tages wurde bei einem Geschäftsfreunde, einem gewissen Blum, ein sensationeller Einbruch verübt. Die unbekanntenen Diebe stahlen einige kleine Goldbarren, die Blum an Zahnärzte zu verkaufen beabsichtigte. Der Chinese Liu Yao erfuhr durch einen Zufall von der Angelegenheit. Kurze Zeit darauf machte bei ihm ein Russe einen Besuch. Er nannte sich Georg Ordinetz und gab an, von Beruf Dentist zu sein; er wollte dem Uhrmacher Goldbarren verkaufen. Liu Yao vermutete, dass es sich um gestohlene Ware handelte; er schlug den Antrag ab.

Wegen dieser Weigerung verfasste der Russe ein anonymes Schreiben an die Polizei, in dem Liu Yao der Hehlerei verdächtigt wurde. Eine Haussuchung fand statt, verlief jedoch erfolglos. Der chinesische Uhrmacher, der über die ungerechte Verdächtigung empört war, entschloss sich den russischen Dentisten Ordinetz zur Rede zu stellen, denn nur dieser konnte der Absender der anonymen Anzeige sein.

Eines Tages, morgens um 10 Uhr betrat Liu Yao, einen geladenen Revolver in der Tasche, das Wartezimmer des russischen Zahnarztes. Es waren nur wenige Personen anwesend. Liu Yao, bald des Wartens müde, sprang auf, drang in das Sprechzimmer ein und begann in chinesischer Sprache aufgeregt auf den Russen einzureden. Der Zahnarzt verstand kein Wort und suchte den unerwünschten Besucher hinauszudrängen, zumal gerade ein Patient im Operationsstuhle sass. Schäumend vor Wut zog der Chinese seinen Revolver. Ein Schuss krachte, der Zahnarzt brach tot zusammen. Der Patient im Operationsstuhl wollte den Mörder entwaffnen, aber schon traf auch ihn eine Kugel und verletzte ihn schwer an der Schulter. Dann sprang der Chinese aus dem Fenster und versuchte zu flüchten.

Eine wilde Jagd begann. Liu Yao rannte mitten auf einer belebten Avenue davon, sämtliche Patienten des Wartezimmers folgten ihm schreiend. Ein zufällig des Weges kommender Schutzmann schloss sich ihnen an. Liu Yao verdoppelte seine Schritte, warf den Revolver fort, auf den sich die Verfolger stürzten; und gewann dadurch einen neuen Vorsprung. Er bog in eine Seitenstrasse ein

aber hier ereilte ihn sein Schicksal. Er lief einem Polizisten, der durch den Lärm aufmerksam geworden war, in die Arme. Handschellen legten sich um die Gelenke Liu Yaos. Die erregte Menge suchte den Chinesen zu lynchen; nur mit grosser Mühe gelang es den Polizeibeamten, ihn unverletzt auf die Wache zu bringen.

Der Vorfall hat im Pariser Chinesenviertel grosses Aufsehen hervorgerufen. Im Untersuchungsgefängnis wurde von unbekannter Seite eine grössere Geldsumme abgeliefert, die sicher von einem Landsmann des Mörders stammt und zu dessen Verpflegung dienen soll. Die bevorstehende Gerichtsverhandlung, die Licht in diese dunkle Affäre des Pariser Chinesenviertels bringen soll, wird in der französischen Hauptstadt mit Spannung erwartet.

B.M.V.

+ + +
Doch Calmette-Verwechslung?

Sensationelle Feststellungen in Lübeck! - Todesbazillen aus der Berliner Charité?

SPD.Lübeck, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Calmette-Prozess machte der Sachverständige Professor Ludwig Lange vom Reichsgesundheitsamt Berlin am Mittwoch die sensationelle Mitteilung, dass es ihm gelungen sei, den Kieler Stamm in den Züchtungen aus dem Material der Lübecker Kinder zu identifizieren. Seine technische Assistentin habe ihm schon vor einiger Zeit auf besondere Merkmale, die sie beim Kieler Stamm beobachtet habe, hingewiesen. Die aus den Lübecker Säuglingen isolierten Tuberkelbazillen-Kulturen hätten auffallend ähnliche Merkmale gezeigt.

Auf Grund dieser völlig neuen und alle bisherigen Gutachten völlig umwälzende Aussagen erklärte der Verteidiger Professor Deyckes, Rechtsanwalt Ihde: "Auf diese überaus wichtigen Ausführungen von Professor Ludwig Lange, von denen wir erst jetzt in der Hauptverhandlung hören und die auch in der Bakteriologie als neue Funde gelten, muss ich die veränderte Sachlage erst mit meinem Mandanten besprechen. Sollte der Prozess dann verzögert oder die Durchführung des Prozesses gefährdet werden, so ist das nicht meine Schuld. Durch die Untersuchungen Professor Ludwig Langes ist der Beweis erbracht, dass die aus Kiel bezogenen menschlichen Tuberkelbazillen durch Verwechslung in den in Lübeck verabreichten Impfstoff gelangt sein müssen."

Die Feststellungen Professor Ludwig Langes wurden von Professor Hahn bestätigt, der auf Grund eigener Untersuchungen zu dem gleichen Ergebnis gelangt sein will. Auch Professor Bruno Lange äusserte sich in dem gleichen Sinne und erklärte: Die einzige pathogene Tuberkelbazillen-Kultur, die zurzeit der Impfung im Lübecker Laboratorium vorhanden war, stammt aus der Charité in Berlin und ist von Beginn ihrer Züchtung an bis heute im Institut Robert Koch sehr genau untersucht worden. Dieser vom Institut Robert Koch seinerzeit nach Kiel und von hier aus nach Lübeck abgegebene Tuberkelbazillen-Stamm zeigt sowohl hinsichtlich seines Wachstums auf künstlicher Kultur wie auch hinsichtlich seines Verhaltens im Tierkörper eine auffallende Ähnlichkeit mit den aus Lübecker Säuglingen isolierten Tuberkelbazillen-Kulturen.

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

+ + +
Bonbon-Heide +. Der "Bonbonkönig von New York", Henry Heide, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Heide hatte sich vom mittellosen Einwanderer aus Deutschland im Laufe der Jahre zum schwerreichen Fabrikanten emporgearbeitet. Er übte eine umfassende Wohltätigkeit aus; während der deutschen Inflationszeit ermöglichte er das Weiterbestehen vieler Kinderheime in Deutschland.

+ + +

Elli Beinhorn in Bagdad. Die 20jährige deutsche Pilotin Elli Beinhorn ist auf ihrem Alleinflug nach dem fernen Osten in Bagdad eingetroffen.

Neuer Bankbeschuldigter. Das von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin eingeleitete Verfahren gegen den flüchtigen Bankdirektor Seiffert von der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz und gegen die beiden Aufsichtsratsmitglieder Ladendorff und Le Viseur wurde auf den 76 jährigen Kaufmann Knaake ausgedehnt. Knaake war gleichfalls Aufsichtsratsmitglied.

Flugzeugkatastrophe. Ueber dem Flugplatz Travemünde bei Lübeck stürzte am Mittwoch-Mittag aus grosser Höhe ein Zweischwimmer-Versuchsflugzeug vom Typ H D 60 ab, das ausprobiert werden sollte. Der Pilot, der 29 jährige Flugzeugführer Wieborg, verunglückte tödlich. Die Ursache der Katastrophe steht noch nicht fest.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Stendal verurteilte den Schuhmacher Walschinski zum Tode. Walschinski hatte einen Molkereikassenverwalter überfallen und getötet.

Die Qualität der Sklarek-Waren. In der Mittwoch-Sitzung des Berliner Sklarek-Prozesses wurde Verwaltungsdirektor Golz, der Leiter der Kleiderkammer des Berliner Jugendamtes, als Zeuge vernommen. Golz berichtete, dass eine von Böss unterzeichnete Magistratsverfügung die Anweisung enthalten habe, dass die Aemter ihren Bedarf bei den Sklareks decken sollten; er selbst habe sich aber "darum herumgedrückt", da die Sklarek'schen Waren schlecht und teuer gewesen seien. Als der Angeklagte frühere Stadtrat Gaebel ihm einmal Vorwürfe gemacht habe, dass er bei den Sklareks nichts bestelle, habe er geantwortet: "Ich nehme nicht zweite Qualität für erste Qualität ab. Das Interesse der Waisenkinder geht vor die Interessen der Sklareks. Leo Sklarek versuchte sich zu rechtfertigen.

Sturmschäden an der Ostsee. An der Ostseeküste wurden durch Sturm viele Fahrzeuge, die die Fischer zur Sicherung auf die Dünenkämme gezogen hatten, von der Brandung erfasst und zertrümmert oder schwer beschädigt. In Kolberg steht weites Ufergelände unter Wasser. Die Stolpe ist über ihre Ufer getreten. Im Ostseebad Cranz wurde die Uferpromenade vollkommen zerstört; in den grossen Hotels und Pensionen sind die Fenster eingedrückt.

Verbilligter Verkehrstarif. Ab 31. Dezember kostet in Berlin eine einfache Strassenbahn- oder Untergrundbahnfahrt 20 Pfennig (bisher 25 Pfg.), eine Omnibusfahrt wie bisher 25 Pfennig, ein gewöhnlicher Umsteigefahrschein 25 Pfennig (bisher 30 Pfg.), ein Umsteigefahrschein mit Omnibusberechtigung wie bisher 30 Pfennig.

Das neue Vierpfennigstück. Mit der Ausprägung des in der neuen Notverordnung vorgesehenen Vierpfennigstücks wird demnächst begonnen werden. Das Geldstück soll dem Zweipfennigstück ähnlich, aber entsprechend grösser sein. Zur Herstellung dient eine Kupferlegierung.

Schulstreik in Schleswig. Für mehrere Schulen im Regierungsbezirk Schleswig wurde von der Elternschaft der sofortige Schulstreik proklamiert. Das Motiv des Beschlusses ist die im Hinblick auf allgemeine Sparmassnahmen veranlasste Schliessung mehrerer Schulen.

Städte und Preissenkung.

Neue Reichshilfe gefordert.

SPD, Am Mittwoch haben Verhandlungen zwischen dem Deutsche Städtetag und dem Reichskommissar Dr. Gördeler über die Senkung der städtischen Tarife stattgefunden. Die wirtschaftliche und psychologische Notwendigkeit, die Preise der Versorgungsunternehmungen und Verkehrsbetriebe zu senken, wurde auch in städtischen Kreisen allgemein anerkannt. Andererseits sieht man "gewisse Grenzen der Durchführung", die vom Deutschen Städtetag wie folgt formuliert werden:

"Die Grenzen der Durchführung liegen darin, dass ein wesentlicher Teil der Tarife eine Verbrauchssteuer darstellt, die zugunsten der kommunalen Erwerbslosenfürsorge erhoben wird. Die Einnahme aus einer solchen Verbrauchssteuer ist bei der Finanzlage der Gemeinden sachlich notwendig; in der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober hat die Reichsregierung sogar eine Erhöhung der Tarife wegen der Umschuldung kurzfristiger Kredite ins Auge gefasst. Bei den Verkehrsbetrieben wird das Ausmass der Tarifsenkungen höher sein als bei den Versorgungsbetrieben, nicht nur wegen des grösseren Lohnanteils an den Gesamtausgaben, sondern auch wegen des möglichen Erlasses der Beförderungssteuer. Soweit bei den Versorgungsbetrieben die Gesteuerungskosten durch die Senkung der Löhne, des Zinses und des Kohlepreises niedriger geworden sind, ist auch hier eine Ermässigung der Tarife möglich. Allerdings macht der Anteil von Kohle und Lohn bei dem beträchtlichen Kapitaldienst für ausländische Anleihen und neben den hohen Abführungen an die Stadtkassen nur einen verhältnismässig geringen Anteil der Bruttoeinnahmen aus."

Die Darstellung des Deutschen Städtetages kommt zu dem Schluss, "dass die Senkung der Tarife in gewisser Beziehung von der Bereitstellung und der Höhe einer Reichshilfe für die kommunale Erwerbslosenfürsorge abhängt". In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die letzte Notverordnung für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine besondere Reichshilfe als Beitrag zu den Kosten der kommunalen Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge brachte. Gleichzeitig aber wurde diese Reichshilfe durch Massnahmen der Reichs- und Länderregierungen zu einem wesentlichen Teil unwirksam gemacht, indem die Kommunen durch die Leistungskürzung in der Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung Gemeindefünftels in der Krisenfürsorge mit 30 Millionen Mark und wegen des Fortfalls der Landeshilfen mit 70 Millionen Mark mehr belastet wurden. Abgesehen von diesen Steuerausfällen und einem weiteren Anwachsen der Zahl der Erwerbslosenfürsorge wird darauf hingewiesen, dass ursprünglich die Versicherungsanstalt 90 Prozent der Fürsorgelasten tragen sollte und die Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge nur 10 Prozent. Heute liegen die Dinge so, dass auf die Versicherungsanstalt, die Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge je ein Drittel der Lasten entfallen. Das mache eine Neuregelung notwendig.

Ueber die Entwicklung der Kommunalfinanzen wird folgende Darstellung gegeben:

"Auf Grund zuverlässiger Schätzungen musste man Mitte Oktober mit einem kommunalen Pehlbetrag von 400 bis 425 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1931/32 rechnen. Die Notverordnung vom 8. Dezember bringt für die Kommunen im finanziellen Gesamtergebnis folgendes: an Entlastungen durch die Gehalts-senkung etwa 42 Millionen, durch die Lohnsenkung bei den Kämmeriarbeitern

5 Millionen, durch die Lockerung der gehobenen Fürsorge 3 Millionen, durch die Zinssenkung 25 Millionen, an Ersparnis sächlicher Ausgaben durch die Preis senkung 10 Millionen, durch die Erhöhung der Umsatzsteuer 30 Millionen und durch die Lockerung der Realsteuersperre 15 Millionen, insgesamt also vermut lich 135 Millionen Mark für den Rest des Haushaltsjahres, während durch die Aufhebung der Mineralwassersteuer ein Ausfall von etwa 3 Millionen RM ent= steht. Die Mindereingänge an Einkommen- und Körperschaftssteuer werden gegen über 1930 nicht weniger als 40 Mark betragen. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände verbleibt demnach mindestens ein Fehlbetrag von 250 bis 275 Millionen Mark für 1931/32. Die Reichsregierung nimmt an, dass die Vierte Notverordnung den Reichshaushalt ausgleicht, macht sich aber, wie aus dem amt lichen Kommuniqué vom 9. Dezember hervorgeht (in dem gesamt wird, dass die Reich finanzen ausgeglichen seien, selbst wenn sich bei den Gemeinden eine neue Reichshilfe notwendig machen sollte Red.), mit vollem Recht auf die Notwend igkeit einer weiteren Reichshilfe für die kommunale Erwerbslosenhilfe."

+ + +

Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich am Mittwoch mit der Situation befasst und mit besonderer Dringlichkeit auf den Ernst der La ge der Städte hingewiesen. Darüber wird folgendes Kommuniqué verbreitet:

"Während die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nach ihrem letz ten Ausweis Rücklagen vornehmen kann, steigt die Zahl der Erwerbslosen, die ausschliesslich von den Kommunen unterstützt werden, von Monat zu Monat. Die Jahresbelastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtserwerbslosen beträgt gegen wärtig mehr als eine Milliarde Mark. Die Unterstützungssätze lassen sich in den bei weitem meisten Gemeinden nicht mehr herabsetzen; der durchschnittliche Tagessatz des Erwerbslosen ist gegenwärtig nicht mehr als eine Mark. Unter diesen Umständen ist es angesichts der scharfen Rückgänge der Ueberweisungs steuern, der eigenen Steuern und der Werkeinnahmen, angesichts der ständig zu nehmenden Wohlfahrtslasten und der Unmöglichkeit, den Aufgabenabbau noch wei ter wesentlich zu verschärfen, notwendig, dass die Reichsregierung den in Aussicht genommenen Reichszuschuss für die gemeindliche Erwerbslosenfürsorge möglichst schnell und möglichst hoch leistet. Die Finanz- und Kassenschwierig keiten der Gemeinden müssen rasch behoben werden, damit die Weiterzahlung der Unterstützungen, Löhne, Gehälter und Zinsen gesichert wird. Der Städtetag hat schon mehrfach gefordert, die Reichshilfe nicht in Form von Dotationen zu zah len, sondern schlüsselmissig nach der überdurchschnittlichen Belastung mit Wohlfahrtserwerbslosen zu verteilen."

SPD. Der Leiter der Allianz und Stuttgarter Versicherungsaktiengesell= schaft, des grössten deutschen Versicherungskonzerns, Dr. Schmidt erklärte am Mittwoch über den Geschäftsverlauf und über die Auswirkungen der neuesten Notverordnungen u.a. folgendes:

Der allgemeine Geschäftsverlauf entspricht bei den Konzerngesellschaften etwa demjenigen des vorhergehenden Jahres. Die Prämieneinnahmen dürften ge= genüber 1930 in Höhe von annähernd 200 Millionen Mark. keinen nennenswerten Rückgang aufweisen. In der Lebensversicherung kann mit einem Antragszugang von 460 gegen 570 Millionen im Vorjahre und mit einem Reinzuwachs von über 100 Millionen auf insgesamt 3,3 Milliarden Mark Versicherungsbestand gerech= net werden. Die festen Anlagen betragen zurzeit etwa 400 Millionen gegen rund 298 Millionen Kapitalanlagen im Jahre 1930. Der Schadensverlauf im Jahre 1931 entsprach ungefähr demjenigen von 1930, das das bisher günstigste Jahr seit 1924 darstellte. Nur das landwirtschaftliche Feuerversicherungsgeschäft ist schlecht verlaufen.

Hinsichtlich der Methoden für die Bilanzierung der Hypotheken und Wert= papiere sprach sich Dr. Schmidt für das amerikanische System aus. Er erklärte,

dass jede Lebensversicherungsgesellschaft die Gelder ihrer Versicherten als Treuhänderin verwalte und die bei ihr aus den Prämieeinnahmen angesammelten Kapitalien erstklassig und langfristig anlegen müsse. Sicherheit, Zinshöhe und Rückzahlungsbetrag seien bei der Anlage entscheidend, während der jeweilige Börsenkurs unbeachtet bleiben könne, weil eine zwischenzeitliche Veräusserung ja garnicht notwendig werde. Natürlich müssten Abschreibungen vorgenommen werden, wenn die einzelnen Anlagen notleidend geworden sind.

Zu der Notverordnung über die Bilanzierung vom 19. September 1931 erklärte der Redner, dass die Allianz und Stuttgarter Verein A.G. dieser Forderung durchaus entsprechen könne, ohne dass deshalb das Jahresergebnis der Gesellschaft beeinträchtigt zu werden braucht. Von besonderer Bedeutung sei die Frage, wie sich die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 auf die deutschen Versicherungsgesellschaften auswirke. Hierzu sei zu sagen, dass die Versicherungsprämie sich mit wenigen Ausnahmen nach den Versicherungssummen richte. Die Prämie folge also ohne weiteres der Preisbewegung. Natürlich könnten die Versicherungsgesellschaften einen derartigen Prämienrückgang nur dann ohne Gefahr für ihre Rentabilität tragen, wenn alle Verpflichtungen, die aus den gezahlten Prämien zu befriedigen sind, gleichfalls entsprechend sinken. Die Vorschriften über die Zinssenkung seien besonders für die Lebensversicherung bedeutungsvoll. Hier sei wesentlich, dass die Versichertendividende auf Grund des Geschäftsjahres 1930 erst Mitte 1931 festgesetzt wurde, aber erst auf die Jahresprämien angerechnet werde, die 1932 fällig seien. Die von dem Versicherten im Jahre 1932 zu entrichtende Prämie werde demnach von der Zinsreduktion überhaupt noch nicht berührt. Soweit Dividendenreduktionen infolge des Ergebnisses von 1931 eintreten sollten, würden sie erst im Jahre 1933 fühlbar. Die deutschen Gesellschaften würden zweifellos alles tun, um die Auswirkung der Zinsreduktionen nicht fühlbar werden zu lassen, wie sie überhaupt jetzt mehr denn je bestrebt seien, durch eine Reihe von Massnahmen der erschwerten Situation des einzelnen Versicherten sich anzupassen.

SPD. Am 16. Dezember 1931 sind die ersten Tarifsenkungen bei der Reichseisenbahn, auf den Reichsbinnenwasserstrassen und im Reichskraftwagenverkehr in Kraft getreten.

Bei der Reichseisenbahn werden die Tarifsenkungen insgesamt 300 Millionen Mark ausmachen, Davon werden 200 Millionen Mark durch Lohnsenkung eingespart; 100 Millionen Mark sollen durch Preissenkung bei Materialien und durch den erwarteten Mehrverkehr eingebracht werden. In Kraft getreten ist bereits die Senkung der Kohlentarife und zwar ist der allgemeine Kohlenausnahmetarif um durchschnittlich 12 Prozent gesenkt worden, was einem Betrag von 85 Millionen Mark entspricht. In Aussicht gestellt sind Hilfsmassnahmen für das ober- und das niederschlesische Kohlenrevier und für die Reviere in Sachsen und Bayern. Für Ostpreussen werden besondere Hilfsmassnahmen vorbereitet. In Kraft getreten ist auch bereits die Senkung beim Regeltarif und beim Expressguttarif. Bei der Neuordnung im Normalgütertarif musste man sich zum Aufbau einer neuen Klassenstaffel entschliessen. Dieser Umbau bringt folgende Ermässigungen: in den Stückgutklassen I bis III 5 Prozent, bei den Wagenladungsklassen B, C, D, E je 10 Prozent und bei F 5 Prozent. Ausserdem werden die Stückguttarife allgemein um 10 Prozent gesenkt, bei den Wagenladungsklassen um 5 Prozent. Damit tritt eine Gesamtermässigung im Normaltarif ein, die gegen den Stand von November 1931, jeweils nach oben oder unten auf volle Zahlen abgerundet beträgt: Stückgutklasse I bis III 15 Prozent, bei den Wagenladungsklassen A 5 Prozent, B, C, D, E 14 Prozent, F. 10 Prozent und G 5 Prozent. Für den Stückgüterverkehr ist noch zu berücksichtigen, dass die Reichseisenbahn im Rahmen der Neuordnung des Speditionswesens 70 Millionen Mark aufwendet, die nicht in die oben erwähnten 300 Millionen Mark eingerechnet sind, um die Rollgebühren zu verbilligen.

Für Holz ist eine weitere Ermässigung, ein Ausnahmetarif, vorgesehen, die sich sowohl auf den Normaltarif, als auch auf die bereits bestehenden Ausnahmetarife bezieht. Bei Tierfrachten tritt eine Ermässigung von 14 Prozent ein, die sich bei Kleinsendungen steigert. 14 Prozent beträgt auch die Ermässigung für die Fracht von Getreide und Mehl. Beim Bezug von Düngemitteln tritt eine Frachtermässigung für 5- und 10-Tonnensendungen ein. Im Personenverkehr wird die Netz- und Betriebskarte eingeführt, die Pauschalsätze eingeführt. Ausserdem hat sich die Reichseisenbahn entschlossen, die Frachtsätze für Gepäck und Musterkoffer um $33 \frac{1}{3}$ Prozent herunter zu setzen.

Im Reichskraftwagenverkehr werden die vorgesehenen Frachtsätze (Abschnitt I) für Ladungen bis zu 1 000 Kilogramm und die Frachtsätze (Abschnitt II) für die Ladungen von 1 001 bis 3 600 Kilogramm um 15 Prozent, die übrigen Frachtsätze im Abschnitt II um 5 Prozent ermässigt. Im übrigen will man daran gehen, die Grundlage für eine organische Neugestaltung der Tarife zu schaffen. Zu diesem Zweck wird der in der Verordnung über den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen vorgesehene Tarifbeirat für die erste Hälfte des Monats Januar einberufen. Die Tarifarbeiten sollen so beschleunigt werden, dass der neue Tarif bereits am 1. Februar in Kraft treten kann.

Die Schiffahrtsabgaben auf den Reichsbinnenwasserstrassen und in den reicheigenen Binnenhäfen sind mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 um mindestens 10 Prozent gesenkt worden. Auf den mitteldeutschen Reichswasserstrassen ist der Abgabensatz für die im Filverkehr beförderten Stückgüter von 14 Pfennig auf 11 Pfennig je Tonne und Hebestelle ermässigt. Für die Schiffahrtsabgaben auf den westdeutschen Kanälen gelten wieder die Abgabensätze aus der Zeit vor der Erhöhung von 1928. Darüber hinaus ist auf diesen Kanälen der Schlepplohn für leere Kähne um 12,9 Prozent bis 17,7 Prozent in den verschiedenen Güterklassen gesenkt werden. Neben der allgemeinen Senkung bleibt der bereits bestehende Lebensmittelnottarif, der eine Ermässigung um 10 Prozent vorsieht, weiter in Kraft.

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten teilt mir, dass im November Aufträge von inländischen Abnehmern nur in geringem Umfange eingelaufen seien. Auch das Auslandsgeschäft sei unter den Stand des Vormonats gesunken. Der Beschäftigungsgrad stelle sich auf 34,5 Prozent der Sollbeschäftigung. Der Bericht unterstreicht die Wichtigkeit des Exportes für die Maschinenindustrie: "Mit grosser Besorgnis verfolgt die Maschinenindustrie die schwere Behinderung des Exportgeschäftes, welche durch die Zollerhöhungen und die Devisenzwangsbestimmungen wichtiger Absatzstaaten eingetreten ist. Da im Maschinenbau zurzeit über 65 Prozent der noch verbliebenen Beschäftigung in Exportaufträgen bestehen, ist eine Unterstützung des deutschen Exports in seinem Kampfe um die Erhaltung seines Anteils an der Belieferung der Weltmärkte notwendiger als jemals."

SPD. Die gesamte schwebende Schuld des Reiches wird für Ende November 1931 mit 1 746,7 Millionen Mark angegeben gegenüber 1 802 Millionen Mark Ende Oktober. Das kurzfristige Darlehen verringerte sich von 94,9 Millionen Mark auf 74,8 Millionen Mark und der bei der Reichsbank in Anspruch genommene Betriebskredit von 66,6 Millionen Mark auf 26,5 Millionen Mark. Die Schatzanweisungen, die dem Zweck von Sicherheitsleistungen dienen, haben einen Rückgang von 217,3 auf 170,9 Millionen Mark erfahren.

Fester, aber schlechter Mehlmarkt.

(Berliner Getreidebörse vom 16.12.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Mittwoch in sehr fester Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen schon die Eröffnungsnotierungen merklich fester. Im Verlaufe der Börse konnte sich diese Bewegung fortsetzen, sodass die Schlussnotierungen um 3 Mark und darüber über den Dienstag-Kursen lagen. Von Donnerstag ab sollen Notierungen für Mailieferungen vorgenommen werden. Am Markte der Zeitgeschäfte kam plötzlich die schlechte Versorgung der Mühlen mit Brotgetreide zum Durchbruch. Es zeigte sich wesentlich vermehrte Nachfrage, der kein ausreichendes Angebot gegenüberstand; eine grosse Anzahl der am Vortage vorliegenden Offerten ist zurückgezogen worden. Da zudem auch vom Auslande festere Nachrichten vorlagen und die Witterung Befürchtungen über bevorstehende Transportschwierigkeiten aufkommen liess, gingen auch am Promptmarkt die Notierungen für Weizen und Roggen um 2 Mark in die Höhe. Am Mehlmarkt konnte sich diese Bewegung noch nicht auswirken. Die Käufer hielten sich weiter zurück. Wenn sich auch die Nachfrage etwas verbessert hat, so war doch von stärkeren Käufen bisher nichts zu spüren. Hafer hatte gleichfalls festere Tendenz. Die Preise konnten um 2 Mark anziehen.

	15. Dez.	16. Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	211 - 213	212 - 214
Roggen	189 - 192	190 - 193
Braugerste	151 - 164	152 - 164
Futter- und Industriergerste	147 - 150	150 - 152
Hafer	132 - 140	134 - 142
Weizenmehl	27,00 - 31,00	27,00 - 31,00
Roggenmehl	25,80 - 27,80	25,90 - 28,00
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 227½ (Vortag 224½), März 238½-239½ (236). Roggen Dezember 202 (199½), März 210½-210½ Geld (207½). Hafer Dezember 154½ (151½), März 161½-161½ (157½).

SPD. Die Kölner Stadtverwaltung will die Strassenbahntarife ebenfalls vom 1. Januar ab ermässigen. Ferner sollen die Bäderpreise herabgesetzt und die Gebühren für Müllabfuhr, Strassenreinigung, Häfenbenutzung, Strassenbauten usw. gesenkt werden. Die Kölner Handelskammer fordert die Rückkehr zum früheren Zehnpfennig-Posttarif, zumindestens müsse eine Herabsetzung des Briefportos von 15 auf 12 Pfennig erfolgen. Gefordert wird noch eine Ermässigung der Posttarife für Drucksachen und Warenproben und eine Senkung der Gebühren für die Paketbeförderung und für die Uebermittlung von Telegrammen.

SPD. Ueber das Vermögen der Rheinischen Bauernbank, die vor einigen Wochen in Zahlungsschwierigkeiten geriet, wurde das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 16. Dezember 1931.

Der Affe von Dinkelsbach.^x

SPD. Wenn jemand zur See gefahren ist und sich dann in einer deutschen Kleinstadt niederlässt, so ist er es seinem Ansehen schuldig, sich einen Affen zu halten. Der ist dann tagelang die Sensation des Städtchens, zumal wenn, wie es bei Kobers der Fall war, die frisch angetraute junge Frau täglich mit dem exotischen Tiere spazieren geht. Was sich sehr nett macht....

Ein Affe ist indessen auch nur ein Affe, und die Erinnerung an die Wälder Sumatras mag in ihm übermächtig geworden sein. Eines Tages war er plötzlich verschwunden.

In Dinkelsbach kennt man noch Teilnahme an des Nachbars Freud und Leid. Als bekannt wurde, dass Rufus (so hiess der Affe) seit Morgens um 11 Uhr vermisst wurde, regnete es Anfragen über Anfragen und zahllose Besuche in der Koberschen Wohnung. Besonders die Ritterstrasse, in der das Haus lag, lieferte zahlreiche Vermutungen und gute Ratschläge.

Die junge Frau Kober weinte, als ihr Mann Mittags nach Hause kam. Abends heulte sie wie ein Schlosshund. "Er wird sich schon wieder einfinden," tröstete er, dem das Tier die liebste Erinnerung an seine Heizerzeit bedeutete. Aber Rufus blieb verschwunden.

Plötzlich, Abends spät, um die Zeit des Zubettgehens, hallte durch die stille Gasse ein grausiger Schrei! Fritz Kober rannte auf die Strasse. Aus allen Häusern stürzten die Leute. "Was ist denn los?" schrie Frau Kober heiser hinter ihrem Manne her. Da kam schon der Bericht. Die Rehbein (vom Schuhmacher Rehbein die Frau) hatte, als sie sich zur Ruhe legen wollte, beim Aufschlagen der Decke einen Affen im Bett gefunden! Die Wirkung war furchtbar. Ein Aufschrei, ein rettender Sprung aus dem Fenster - im Weinkampf und an allen Gliedern schlotternd sank die Erschrockene auf der Strasse in die hilfsbereiten Arme von Nachbarinnen.

Fritz Kober und seine Frau organisierten schuldbewusst sofort eine Expedition beherzter Dinkelsbacher, die in die Rehbeinsche Wohnung, die inzwischen von allen Hausgenossen und guten Geistern verlassen worden war, eindringen. Von Rufus fand sich jedoch keine andre Spur als ein mit offenkundigem Behagen zerwühltes Bett....

In der Strasse vernahm man bereits Murren. Ist es eine Art und Weise, die Leute vom Schlafen abzuhalten - wegen eines Affen? Die Expedition wurde auf sämtliche zweiundzwanzig Häuser der Ritterstrasse (alle einstöckig mit Garten) ausgedehnt. Jede Bettdecke wurde hochgehoben, - von Rufus kein Spürchen. "Wo ist der Affe?" dröhnte es dem zitternden Koberschen Ehepaar ins Ohr. "Wir wollen schlafen." Denn alles stand noch immer auf der Strasse; niemand getraute sich ins Bett. Die Polizei erschien und murmelte mit einem Blick auf Fritz Kober etwas von Strafmandat und grobem Unfug.

In diesem kritischen Augenblick zeigte Frau Kober, dass im Erfinden von Kriegslisten das weibliche Geschlecht viel befähigter ist als die Männer. Sie hatte seit geraumer Zeit einen Jutesack unterm Arme, worin der Flüchtling bei etwaigem Ergreifen eingesperrt und nach Hause befördert werden sollte. Mit diesem Sack verschwand sie im ebenfalls geräumten Hause des Schneiders Spindemann; und siehe da, sie hatte Glück, denn als sie wieder heraustrat, hatte sie etwas im Sacke. "Ha," sagte sie zu den draussen Harrenden, "mir

fällt ein Stein vom Herzen. Er sass unterm Bette! Ich hab' ihn!"

Als Frau Spindelmann "unterm Bette" hörte, wurde sie weiss wie Kalk. Wenn sie sich nun schlafen gelegt hätte! Alle Gefühle wurden jedoch übertrumpft von der Tatsache, dass Rufus im Sacke steckte, also unschädlich war. Man atmete auf. Die Strasse leerte sich. Sogar die Polizei besann sich auf ihre edlere Seite und murmelte etwas wie "...noch einmal durchgehen lassen", womit das Strafmandat und nicht etwa der Affe gemeint war.

Der Affe hätte übrigens garnicht nochmals durchgehen können, denn dazu musste er zunächst einmal wieder eingefangen sein. Und das war er noch lange nicht! Denn als Frau Kober nebst Mann mit ihrem Sacke nach Hause kam, konnte sie zwar Schneider Spindelmanns Katze daraus zum Vorschein holen, nicht aber den nachwie vor verlorenen Rufus. Wo war das Tier nur? Um alles in der Welt: Rufus, wo bist Du? Das Ehepaar Kober soll in dieser Nacht sehr schlecht geschlafen haben. Die Ritterstrasse nebst angrenzenden Grundstücken schlief dagegen nach aller Aufregung den Schlaf der Zuversicht, dieweil man doch den Affen im Sacke wusste.

Nur mit Mühe lässt sich daher das Staunen und die Entrüstung beschreiben. als am andern Morgen bekannt wurde, Rufus sei hoch oben in einer der Ulmen gesehen worden, die mit ihrem frischen Grün die Ritterstrasse beleben. "Eine Affenschande!" war das allgemeine Urteil.

Als die Feuerwehr anrückte, liefen die Kinder vom Schulhofe weg. Es gab kein Halten mehr. Ganz Dinkelsbach war auf den Beinen. "Lebendig oder tot!" war die geheime Parole, die die städtische Polizeibehörde ausgegeben hatte. Zum Glück für Rufus entschieden sich die praven Feuerwehrleute für das erstere. Denn - und das ist das Schöne an der Geschichte - wie sehr man ihn auch erwünscht hatte: als die Möglichkeit eines gut gezielten Schusses aus einem Dienstrevolver auftauchte, da empörte sich ganz Dinkelsbach wie ein Mann beziehungsweise wie eine Frau! Wir lassen uns unsern Affen nicht erschiessen! Aus dem Privataffen des ehemaligen Heizers Fritz Kober war, sozusagen als kommunales Gemeingut, der Affe von Dinkelsbach geworden!

Frau Kober hat ihren Liebling aus den Händen der Feuerwehr zurückerhalten. Er äugte erschrocken und begriff die Ohrfeige, die Herr Kober ihm verabfolgte, nur halb. Die Polizei aber erteilte die "Genehmigung zur Haltung eines exotischen Tieres" nur unter der Bedingung, dass Rufus sich künftig

- a) in geschlossenem Raume,
- b) im drahtübergitterten Garten,
- c) an der Leine

befinde. Ob er sich dabei auch so wohl befinde wie in Frau Rehbeins Bett und auf den städtischen Ulmen, entzog sich der dienstlichen Beurteilung.

Hanns Roessink.

Dreimal Jahreswende.^x

SPD. Das Nordlicht erstrahlt in wundervollen Farben und Lichtstreifen. Tausende von Sternen flimmern, leuchten und gleissen zwischen den ewig sich wandelnden Lichtbändern der Strahlenkrone des Nordpols und dem tiefblauen Himmel der Arktis. Inmitten der Unendlichkeit der weissen Wüste, inmitten des weissen Schweigens liegt ein dunkler Punkt. Schiffsmasten ragen spitz in den Himmel. Eine Mühle dreht und schwingt die Flügel. Zartes Licht hüpfert in das Dunkel. Fetzen eines Liedes suchen den Weg durch das Unbekannte und verhallen in der Weite:

O Mutter, liebe Mutter, weine nicht!
Du zeigst auf das offene Meer,
Nach Norden zu entfalten
Die weissen Segel.....

Und kommt der Tag, an dem die "Fram"
zur Heimat kehret wieder,
Dann werden, trotz der Tränen,
Tausendfach ertönen Jubellieder.

Dreizehn Männer feiern in der arktischen Nacht die Jahreswende. Am 24. Juni 1893 waren sie mit ihrem prächtigen Schiff, der "Fram", zu einer abenteuerlichen Fahrt aufgebrochen. Der 24. Juli sah sie in Vardö. Hier nahmen sie Abschied von Skandinavien, fuhren an der Nordküste Sibiriens entlang. Hinter dem 130. Längengrade stiessen sie nach Norden vor. Kurz nach dem Ueberschreiten des 78. Breitengrades griff das Eis gierig nach dem hölzernen Bau des Schiffes. Nansens grosser Versuch, die ungewisse Fahrt mit dem vom Westen nach dem Norden treibenden Eise hatte begonnen. Am Anfang stand die Enttäuschung. Das Eis spielte mit den Polarfahrern. Nicht nach Westen, sondern nach Osten, ja, sogar nach Südosten ging die Drift. Aber am 7. November hatte das neckische Spiel sein Ende. Von nun ab wurde die "Fram" von dem gewaltigen, nach Westen drängenden Ströme des Eises gepackt.

Am Sylvesterabend sassen die dreizehn mutigen Männer in dem kleinen, behaglich warmen Salon ihrer "Fram". Die Windmühle an Bord lieferte elektrisches Licht, das von der Decke mild herniederstrahlte. Vor ihnen stand ein ausgezeichnetes Essen. Nansen hatte wie ein guter Hausvater für seine Mitarbeiter gesorgt, genau so, wie er später für die Unterdrückten Europas sorgen sollte. Als das Jahr mit dem letzten Sekundenschlage des Chronometers zu Ende ging, standen alle von ihren Plätzen auf. Die Vergangenheit war in jedem dieser Männer lebendig. Die Zukunft lag ungewiss, glückverheissend und doch drohend vor ihnen. Nansen sprach von den Hoffnungen und Enttäuschungen der Driftreise. Und doch war er, wie alle, froh, dass es nun nach Westen ging. Dann lobte er die Kameradschaft. Jeder Führer war hier Arbeiter, jeder Arbeiter war verantwortlich, und jeder hatte seine Pflicht bis ins kleinste zu tun. Dann sangen sie wieder. Die Bordzeitung, die "Framsja", wurde verlesen. Lustige Verse klängen durch den Rauch der begehrten Zigarren und Zigaretten. Man knabberte Feigen; ass Ananas und Kuchen. Diese Expedition war mit frischen Früchten ausgestattet. Nansen wusste, dass der Skorbut bei ihnen nicht zu Gaste sein würde. Er selbst wachte noch bis 4 Uhr Morgens. Dann würden in der alten Heimat da unten im fernen Süden die Glocken tönen, und die Seinen dachten dann an die Dreizehn, die die Jahreswende in der arktischen Nacht erlebten. Er blickt hinaus in das geheimnisvolle Dunkel. Nach allen Seiten dehnt sich das Eis endlos, schweigend. Das Takelwerk der "Fram" hebt sich reifbedeckt, scharf und dunkel gegen den leuchtenden Himmel ab.

Neujahr 1895. Das Eis hat Zeit. Es ist in ständiger Bewegung, aber es geht langsam. Im Laufe eines Jahres hat es die "Fram"-Leute über 30 Längengrade nach Westen geführt. Wieder hatten sich die Polarfahrer zur Jahreswende im kleinen Salon versammelt. Sie tranken Moltebeerpunsch, assen wieder Kuchen, rauchten, erzählten, lauschten den Klängen des Harmoniums und einer Violine. Nansen und sein Freund Johansen weilten zum letzten Male an diesem Sylvestertage unter den Kameraden. Sie hatten sich entschlossen, zu Beginn des neuen Jahres die schon lange geplante grosse Schlittenreise zum Nordpol zu unternehmen. Kapitän Sverdrup sprach vom Glück, das diese Reise begünstigen sollte. Und Nansen wusste, dass derselbe Wind, der heulend durch das Tauwerk der "Fram" jagte, die Schlittenfahrt nach Norden begünstigen musste. Er wusste, dass das neue Jahr den grossen Wendepunkt im Verlauf der Expedition bringen würde. In der Nacht grüsste die Männer von der "Fram" ein ungewöhnlich starkes Nordlicht. Die Lichtstreifen wogten in raschen Wendungen über den südlichen Himmel. Sie näherten sich fast dem Zenith, und quer zu diesen jagenden Streifen zeigte sich ein mit einer herrlichen Nordlichtkrone geschmücktes Band, dessen Widerschein wie Mondlicht auf dem Eise lag. Der Himmel selbst feierte mit leuchtender Fackel die Wende dieses Jahres.

Zum dritten Male Jahreswende in der Einsamkeit der arktischen Nacht. Da

heim in Skandinavien läuten die Glocken. Nansen und Hjalmar Johansen sind allein, winzige Wesen in einer gewaltigen Eis- und Gletscherwelt. Der Wind ersetzt den Glockenklang, wenn er heulend daherjagt und kraftvoll den Schnee zu hohen Wolken emporsteigen lässt. Der Vollmond zieht unbekümmert um Ende und Anfang eines Jahres seinen Weg, kalt, geruhsam, erhaben. Der Schauer der Einsamkeit, der Verlassenheit ist in den beiden stahlharten Männern lebendig. Ihr Festmahl ist mehr als bescheiden. Sie gönnen sich ein wenig Schokolade; sie müssen sparen. Die letzten Vorräte sind für den Weg nach Süden, für die Heimkehr bestimmt. Am 1. Januar ist es bitterlich kalt. Minus 41,5 Grad! Nansen erfrieren die Fingerspitzen. Die Gletscher brüllen; Spalte auf Spalte öffnet sich. Schlaflose Nächte auf hartem Boden. Sehnsucht nach dem arbeitsamen, aber sorglosen Leben an Bord der "Fram", Sehnsucht nach der Heimat wird lebendig.

Auch an Bord der "Fram" war eine gedrückte Stimmung. Die Mannschaft hatte ihre Aufgabe gelöst; sie sehnte sich heim nach Norwegen. Aber der Wind blies aus Süden, dorthin, wohin sie wollten. Und doch wurde das neue Jahr wieder festlich begangen. Die Schiffsglocke hallte feierlich durch die Stille. Es war, als hätten ihre Schläge den Wind bezaubert. Nordahl Johansen war an Deck gegangen. Da blies der Wind aus Norden. Das Blatt hatte sich gewendet. Eine frohe Botschaft zur dritten Jahreswende. Die Stimmung schlug um. Hoffnung ergriff alle. Und nun feierten sie erst "Fröhliches Neujahr". Ein gutes Schicksal führte die Dreizehn von der "Fram" glücklich in die Heimat zurück. Sie hatten Grosses vollbracht und drei mal Jahreswende im ewigen Eis gefeiert.

Willy Möbus.

Der Neujahrstag.^x

SPD. Unsere Zeitrechnung hat den 1. Januar als Neujahrstag von den Römern übernommen, die seit altersher diesen Tag festlich begingen. Er war dem Gotte Janus geweiht, der als einer der ältesten Götter angesehen wurde, und dem die Saat und alle Kulturpflege heilig waren, ebenso aber auch die ersten Tage des Monats und des Jahres. Mit seinem doppelten Gesichte blickte er zugleich in die vergangene und in die kommende Zeit. Seine Zeichen waren der Stab als das Sinnbild der rastlosen Wanderung und der Schlüssel, mit dem gewissermassen die Zukunft aufgeschlossen wurde. Ihm zu Ehren hiess der erste Monat des Jahres Januarius oder Pförtner, weil er eben das neue Jahr aufschloss. Kein andres Volk hatte im Altertum seinen Jahresanfang an diesem Tage, und wenn heute bei fast allen Völkern der 1. Januar als Neujahr gilt, so hat man sich hier überall der römischen Sitte angeschlossen. Natürlich ist das nach dem Vorbilde der christlichen Kirche geschehen, die als erste den Römern folgte. Sie ist dabei freilich nur sehr zögernd vorgegangen. Den ersten Christen war die kirchliche Feier des Neujahrestages durchaus unbekannt. Vor allem lehnte man es anfangs ab, dem heidnischen Brauche zu folgen, weil man fürchtete, sich dadurch zu beflecken, ein Zeichen, wie sehr die Urchristen innerlich vom Judentum abhängig gewesen sind.

Das Judentum hatte den Monat Ethamin (Tischri), der etwa mit unserm September zusammenfällt, zum Neujahrsmonat bestimmt. Für die israelitische Gesetzgebung war der Neujahrstag der Tag ganz grosser Gerichte. In erster Linie galt er als nächster Gerichtstag Gottes. Deshalb wurde er denn auch mit Posaunen- und Trompetenblasen verkündet und hiess auch Posaunen- oder Trompetentag. Diese mehr als geräuschvolle Art machte es dann doch den Urchristen unmöglich, sich bei der Neujahrsfeier dem Judentum anzuschliessen.

In Deutschland galt zunächst der 25. Dezember, der Geburtstag Jesu, zugleich als Neujahrstag. Noch bis ins 16. Jahrhundert hinein wird dieser Tag in kaiserlichen Urkunden als Beginn des neuen Jahres bezeichnet. In Frankreich sah man noch bis 1556 vielfach den Ostertag als den ersten Tag des neuen Jah-

res an, und in England war gar hoch bis 1752 der 26. März der Neujahrstag. Das war nämlich der Tag Mariae Verkündigung, also der Tag, an dem gewissermassen das irdische Dasein Jesu zum ersten Male merkbar geworden sei. Die Kirche selbst hat seit dem Konzil von Tours (567) das Fest der Beschneidung Jesu, also den dritten Tag nach seiner Geburt, als grosses oder hohes Neujahr gefeiert. Sie stellte sich damit durchaus in Gegensatz zum bürgerlichen Jahre der Römer oder auch des Landes, in dem sie selbst ihren Sitz hatte. In Deutschland hatte sie wie in England den Tag Mariae Verkündigung als Neujahrstag bestimmt. Indem sich schliesslich der 1. Januar als Jahresanfang durchsetzte, schloss man sich dem römischen Brauche an, der zufällig dem germanischen Leben insofern entgegenkam, als zu diesem Zeitpunkte die Erneuerung des Lichtes feierlich begangen wurde.

Doch nicht allein der Zeitpunkt des Neujahrstages wurde von Rom übernommen, sondern auch die heute noch üblichen Geschenkgebräuche und Glückwünsche. In Deutschland wie überhaupt in den germanischen Ländern ist die heute noch in Frankreich und Belgien übliche Sitte der Neujahrsgeschenke durch den Brauch der Weihnachtsgeschenke ersetzt worden. Mehr und mehr wird es daneben in katholischen Gegenden auch üblich, sich schon am Nikolaustage (6. Dezember) zu beschenken. In Rom war die Sitte der Geschenke so ausgedehnt, dass jeder Klient seinem reichen Schutzherrn ein Geschenk darbringen musste, auch wenn es noch so klein war. Später machten die Kaiser daraus eine Zwangsabgabe, indem sie von ihren Untertanen eine unfreiwillige Neujahrsgabe erwarteten und einforderten. Auch die römischen Neujahrswünsche, die den Staatsbeamten von ihren Untergebenen ausgedrückt wurden, haben den Weg in die andren Völker gefunden. Das ist auch bei dem überragenden Kultureinfluss, der sich von Rom über die ganze Welt ergossen hat, leicht verständlich. Der Brauch der Glückwünsche war also zunächst noch nicht allgemein, sondern war, da er sich nur auf die Staatsbeamten bezog, mehr ein Treue- und Ehrfurchtsgelöbnis. Erst allmählich hat er sich dahin erweitert, dass ganz allgemein alle Menschen, die miteinander in Beziehung stehen, sich beglückwünschen.

Dr.M.

"Blick in die Zukunft".^x

SPD. Wenn man doch wüsste, was uns die Zukunft bringt! - In der Silvesternacht wird gern mit diesem Wunsche gespielt: beim Bleigiessen. Doch wen der Glaube an die Wahrsagerei ernsthaft packt, dem kann man nur eines bestimmt voraussagen: "Deine Ruh' ist hin - und dein Geld auch".

In Zeiten der Not und Sorge pflegen die Wahrsager grossen Zulauf zu haben. Das war auch ums Jahr 1900 so, als die "Propheten" den Weltuntergang auf den Tag voraussagten. Das war im finstersten Zeitalter des Dreissigjährigen Krieges mit seinen Astrologen auf den Jahrmärkten und an den Höfen der Könige nicht anders. Und wir haben keinen Grund, uns über die Torheiten vergangener Zeiten lustig zu machen, denn zwischen dem Aufgeklärtsein unsrer Tage, zwischen epochemachenden Entdeckungen und aller Sachlichkeit unsrer Erfindungen grassiert ein Aberglauben, macht sich immer noch ein Glaube an Wahrsagerei breit, der dort erschütternd ist, wo er nicht zum spotte reizt... In der Reichshauptstadt Berlin soll die Zahl der Wahrsager-Gaukler, deren Monatseinkommen übrigens oft 3000 bis 5000 Mark erreicht, - vorsichtig gerechnet - die Fünftausend übersteigen. Allerdings treten diese Leute, um der Aufmerksamkeit der Behörden zu entgehen, heutzutage nicht mehr unter dem unheimgemässen Namen "Wahrsager" oder "Kartenleger" auf. In den Telefon-, Adress- und Steuerbüchern, in den polizeilichen Anmeldungen, Plakaten und Inseraten nennen sie sich: Biochemiker, Magnetopathen, Augendiagnostiker, Chiromantiker, Horoskopiker, Odoskopiker, Eklektiker, Naturopathen, Kosmopathen, Heilbestrahler, Heilphysiognomiker,

Heilcharakterologen, Heilgnostiker, Heilgraphologen, Ferndiagnostiker, Heilhellseher, Lebensberater, Mechanotherapeuten, Sideriker, Sympathiker, Nackenhaardiagnostiker, okkulte Mediziner, Sonnenärzte, Psychogeometriker.....

Soweit die sogenannten Prophezeiungen nur das Schicksal einzelner Menschen enthüllen wollen, handelt es sich meist um kleine Stümper, die ihre "göttliche Gabe", in die Zukunft sehen zu können, rein gewerbsmässig auszuwerten suchen. Viel schlimmer, wenn auch für die Allgemeinheit harmloser, sind diejenigen, die den Ehrgeiz haben, vor der grossen Öffentlichkeit die Rolle der "Propheten" zu spielen. Es vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht solch ein Prophet den Weltuntergang oder im bescheideneren Falle zumindest eine Weltrevolution, die furchtbarsten Naturkatastrophen, neue Kriege und politische Verwicklungen, Hungersnot und ähnliches voraussagt. Die Wahrsager und Wahrsagerinnen grossen Stils beschäftigen die Masse, verblüffen, ängstigen, bekehren die Menschen, die nicht alle werden, immer wieder. Zumal das Ende eines alten, der Anfang eines neuen Jahres ruft die Neunmalweisen auf den Plan. Erinnern wir uns, dass auf die Prophezeiungen um die Wende des Jahres 1840 - am 6. Januar geht die Welt unter - viele hunderttausend Menschen sich von ihren Angehörigen und Freunden verabschiedeten und zu Hause sitzend angstvoll den Tod erwarteten. Und bedenken wir, dass selbst Wissenschaftler vom Range des berühmten französischen Astronomen Flammarion, der das Weltende durch das "gefährliche" Herannahen des Halley'schen Kometen auf den 18. Mai 1910 voraussagte, in den Köpfen ihrer Zeitgenossen eine heillose Verwirrung anstifteten - ungeachtet der feststehenden Tatsache: dass unser Globus sich immer noch nach ehernen Gesetzen um seine Achse dreht. Der nicht minder berühmte Naturforscher George Buffon, der französische Mathematiker Alphonse Adhemar und der Engländer Lord Kelvin bewiesen auf Grund strenger wissenschaftlicher Untersuchungen und mathematischer Berechnungen das Weltende. Und doch! unser guter alter Stern - heilewete noch!

Wasser auf die Mühle der Wahrsager aber ist es, wenn eine Prophezeiung von einem Ereignis bestätigt wird! So soll eine Zigeunerin vorausgesagt haben: Kaiser Wilhelm I. wird 1870 Kaiser werden, 1888 sterben; 1913 wird das Kaiserreich seine höchste Blüte erleben und 1914 der Anfang vom Ende der Hohenzollerischen Herrschaft beginnen.... Und im Jahre 1914 erschien eine Broschüre von Stromer-Reichenbach, die unter dem Titel "Deutsche, verzaget nicht!" ein ungünstiges Ende des Weltkrieges ankündigte - allerdings eine Prophezeiung, die der Verfasser nicht allein gemacht hat.

Auf welche Weise, mit welchen Mitteln die Wahrsager es fertig bringen, in die Zukunft zu blicken, den göttlichen Willen abzulauschen, werden wir "gewöhnlichen Sterblichen" nie erkunden. Wir ahnen kaum, wie viele Tausende und Zehntausende unter uns herumlaufen, die vermeintlich die "göttliche Gabe" besitzen, die Geheimnisse der höheren Gesetzmässigkeit zu ergründen. Oft erfahren wir leider zu spät, dass es einen Menschen gibt, der die Katastrophe des englischen Pfundes, und einen anderen, der den genauen Tag von Stresemanns Tod vorausgesehen haben will. Sie haben die Ereignisse aus den Sternen erfahren - sagen sie. Und noch viel mehr steht in den Sternen geschrieben: die Zukunft und das Schicksal eines jeden einzelnen Menschen, jedes Volkes, sämtlicher lebenden und toten Dinge der Welt, wie uns die astronomischen Kalender befehlen. Was nicht hindert, dass es meistens doch anders kommt.

Die Astrologie hat in unsern Tagen eine besonders grosse Verbreitung gewonnen. Sie lebt von der zittrigen Angst, mit der viele Menschen der Zukunft entgegensehen. Sie ist von je her dagewesen, und sie weist immer wieder auf jene grossen Männer hin, welche die mystischen Zusammenhänge zwischen Himmel und Erde aufs lebhafteste bezeugt haben sollen: Albertus Magnus, Thomas von Aquino, der legendäre Doktor Faustus, Paracelsus, Shakespeare, Dante, Goethe, Heine. Aber diese Geistesgrössen - und das ist das Unterschiedliche und Entscheidende - klebten nicht an den Spielereien eines Kartenspiels, des Kaffeesatzes, des siderischen Pendels, eines Horoskops über Geburt, Leben und Tod

von Menschen, Maschinen, Unternehmungen - - sie spürten die Zusammenhänge des grossen Weltgeschehens in den Beziehungen zwischen Sonnenflecken und Erdkatastrophen, zwischen Mondphasen und Gemütsstimmungen, zwischen dem geheimnisvollen Walten um uns und seinem nicht minder geheimnisvollen Einfluss auf jede Kreatur.

Nikolas Aranyosi.

Weihnachtssang.^x

Ein Tönen schwingt in winterstarren Räumen,
und aus den Tiefen schüttelt sich das Licht -
Das ist das Märchen von den Weihnachtsträumen,
das wie aus Geisterfernen in den Alltag bricht.

...Einst wird in Frieden prangen Mutter Erde
Und um ihr Antlitz glänzen warm der Liebe Schein.
Und enden werden Hunger und Beschwerde,
und alle ihre Kinder werden Brüder sein...

So flammt der Sehnsucht Ampel nicht vergebens,
die, eine ew'ge Lampe, uns ins Herz gehängt -
Wir selber sind der Zauberberg des Lebens,
in dem es gleisst und kreisst und nach Erlösung drängt.

Das Alte stürzt. Die Nacht, sie geht zu Ende.
Das Volk der Tiefe wird der Zukunft Unterpand.
Und aus der Armut Krippe wachsen tausend Hände
und winken lichtesfroh dem neuen Vaterland.

Paul Piechowski.

SPD. Neujahrsfeiern im Altertum.^x Mit Ausnahme der alten Griechen feierten wohl alle bekannteren Völker des Altertums das Neujahrsfest mit grossem Pomp. In Babylon fand am Zagmuk (Neujahrstag) die grosse Götterprozession statt; auf die allerlei Veranstaltungen und Festlichkeiten folgten. Der König stellte am Morgen des Neujahrstages den Priestern sämtliche Abzeichen seiner Königswürde zur Verfügung, was gleichzeitig den Verzicht auf sein Amt für diesen Tag bedeutete; denn erst am Abend erhielt er sie unter feierlichen Zeremonien im Tempel Nebos zurück. Im alten Ägypten wurden am Abend vor Neujahr den Göttern Opfer dargebracht, während man den Neujahrstag selbst mit üppigen Schwelgereien feierte. Dabei machte man sich gegenseitig Geschenke und illuminierte die Häuser. Ähnlich war es in Persien und verschiedenen Teilen des Römerreichs. Das Fest in Rom selbst hatte dadurch eine besondere Note, dass die Sklaven an diesem Tage mit ihren Herren zusammen speisen durften und dabei vielfach von diesen bedient wurden. Der vornehme Römer hatte also genau wie der König von Babylon den Neujahrstag für eine freiwillige Selbsterniedrigung gewählt. Bei den Juden wurde der Beginn des neuen Jahres dem Volke durch Posaunen- und Trompetenstösse angezeigt, weshalb das Neujahrsfest bei ihnen auch Posaunen- und Trompetenfest hiess.
